

Er scheint täglich außer Montags. Preis pr. Nummer: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Bezugnahme: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pr. Monat. Einleger, in der Post-Bestellung: Preisliste für 1894 unter Nr. 6920.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Postleitzahl Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 8. Juli 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

In der Strafsache gegen 1. den Redakteur Wilhelm Schröder zu Berlin, geboren am 6. November 1861 zu Altona, evangelisch, 2. den Privatdozenten Dr. Janas Jastrow zu Berlin, geboren am 18. September 1856 zu Kafel, Reg.-Bez. Bromberg, jüdisch, wegen Beleidigung hat die 7. Strafkammer des Königl. Landgerichts I zu Berlin am 16. Februar 1894 für Recht erkannt: die Angeklagten, Redakteur Schröder und Privatdozent Dr. Jastrow werden wegen Beleidigung durch die Presse: Schröder zu einer Geldstrafe von 150 M., Jastrow zu einer solchen von 100 M. verurteilt, welchen Geldstrafen im Nichtbeitragsfalle für je 10 M. ein Tag Gefängnis zu substituieren ist. Ferner wird dem Beleidigten, Minister für Handel und Gewerbe, Freiherrn von Berlepsch die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten der Angeklagten öffentlich bekannt zu machen, und zwar: die des Angeklagten Schröder durch einmalige Einrückung der Urteilsformel in den „Reichs- und Staatsanzeiger“ und in die Zeitung „Vorwärts“, ferner die der Angeklagten Dr. Jastrow durch einmalige Einrückung in den „Reichs- und Staatsanzeiger“, und zwar in jedem Falle an hervorragender Stelle und innerhalb vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils. Endlich sind alle vorfindlichen Exemplare der Zeitung „Vorwärts“ vom 12. November 1893 und der Schrift „Sozialliberal, Ein Wetzstein zu den Landtagswahlen“, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen unbrauchbar zu machen, und zwar, insofern sie sich auf den inkriminierten Artikel im „Vorwärts“: „Im Auftrage Freund“ überschrieben, sowie auf die Seiten 88-92 und Schluss der Abtheilung 8 beziehen. Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten zur Last gelegt. Die Richtigkeit der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Berlin, den 5. Juni 1894. (L. S.) gez. Richter, Berichtschreiber des Igl. Landgerichts I, Strafkammer 7.

Ein Weltmonopol.

Seit zwei Jahren wird der ganze Handel, aber auch das große Publikum durch den gigantischen Plan, die gesammte Petroleumproduktion der Welt und den ganzen Petroleumhandel in eine einzige Hand zusammenzufassen, in Aufregung gehalten. Und wenn sich auch die Nachricht der New-York-World vom 24. Mai dieses Jahres nicht bewahrheitet hat, daß der Abschluß des Petroleum-Weltmonopols unmittelbar bevorstehe, so liegen die Verhältnisse im Petroleumgeschäft doch so, daß es höchstens noch einige wenige Jahre dauern kann, bis der Riesenplan perfekt geworden ist. Nachdem der Staat und die bestehenden Klassen alle die auf eine immer rapidere Konzentration des Kapitals hinielenden Tendenzen planmäßig gefördert haben, erschrecken sie nun selbst vor ihrem eigenen Sprößling, der zum Riesen geworden und seine Nährväter brutal zu erdroffeln sucht. Sie sehen hinter dem wohlbesetzten Riesenkapital, hinter dem Privatmonopol das Gespenst des Sozialismus auftauchen. Sie sehen, wie das Riesenkapital den kleinen, den mittleren, ja selbst den großen Besitz proletarisirt, sie sehen, wie durch die Monopolisirung der Produktionsmittel

die ganze gesellschaftliche Ordnung der kapitalistischen Gesellschaft, die auf der freien Konkurrenz basiert ist, durchbrochen wird, und wie durch diese Breche der Sozialismus siegreich auf die Bühne tritt. Aber das Verhängnis ist unabwendbar. Sollte es auch gelingen, das Petroleum-Weltmonopol zu vereiteln, so sind damit die Monopolisirungsgeleise der Kohlenproduzenten, der Eisenfabrikanten und der hundert anderen, bereits in Syndikate und Trusts oder wenigstens in Ringe und Kartelle zusammengefaßten Industrien noch nicht zurückgeschlagen und die Mediatisierung der Einzelbesitzer schreitet mit Riesenschritten vorwärts, wenn auch das eine oder das andere Monopol gesprengt worden ist. . . . Die Verhältnisse liegen nun aber so, daß sich das Petroleum-Weltmonopol gar nicht mehr aufhalten läßt, daß es in Wahrheit bereits perfekt ist, wenn auch einzelne Petroleum-Produzenten und Petroleum-Händler noch verzweiflungsvoll dagegen ankämpfen. Wer von diesen heute noch zu kämpfen wagt, wird in einigen Jahren bereits so sehr an die Wand gedrückt sein, daß er dann demüthig die Monopolbefugnis um Gnade wird anflehen müssen, um aus dem Raubzuge des Monopols gegen die Konsumenten wenigstens einen kleinen Beuteanteil für sich habhaft zu werden.

Auf dem Petroleum-Weltmarkt stehen sich heute eigentlich nur noch zwei Produzentengruppen gegenüber, der Standard Oil Trust und das russische Petroleum Syndikat. Der erstere mit einer Jahres-Produktion von ca. 26 Millionen Tonnen, das letztere mit ca. 1/3 Millionen Tonnen, die aber leicht auf die Höhe der amerikanischen Produktion gebracht werden könnte. Der Standard Oil Trust beherrscht die atlantischen Länder und auch Deutschland fast vollständig. Das russische Syndikat hat in Rußland, in Oesterreich-Ungarn, in Asien und Ostafrika ein fast unbeschränktes Absatzgebiet. Die Welt ist weggegeben an diese beiden Produzentengruppen; und wenn russisches Petroleum auch nach Deutschland und Oesterreich exportirt wird, und wenn für amerikanisches Petroleum auch noch Indien als Absatzgebiet gilt, so ist der Konkurrenzkampf auf diesem fruchtigen Boden nur das letzte Geplänkel vor dem Wasserküßstand.

Dieselben Mittel, mit denen die Standard Oil Co., in der Rockefeller die leitende Rolle spielt, mehr als 90 pCt. der gesammten amerikanischen Petroleumproduktion in einen Trust zusammenzuschweiße, wendet nun der Standard Oil Trust an, um das Monopol zu erlangen. Rockefeller kennt weder Mittel noch Rücksicht, er kennt nur das eine Prinzip: Herr zu sein und mit einem einzigen Schachzuge Millionen in seine Taschen zu schaffen. Seiner strapellosen Rücksichtslosigkeit, seinen raffinierten Gaunerkünsten ist es gelungen, zuerst der Standard Oil Co die Superiorität über alle anderen Unternehmungen zu sichern und später den Standard Oil Trust zu schaffen. Zuerst begann er, bezw. die Standard Oil Co. mit dem Abschluß geheimer Verträge mit jeder einzelnen der vorhandenen Eisenbahnen im Oelbezirk. Der Trust, durch den er jede einzelne der Bahnen glauben machte, daß sie die allein begünstigte sei, war ihm über Erwarten gelungen; denn nun konnte er sie alle drei prellen und konnte zugleich allen anderen Petroleumproduzenten den Bahntransport unmöglich machen. Als er so die Eisenbahnen und die kleineren Oelproduzenten „gemacht“ hatte, ging er an die Großen, indem er gewaltige Abkren-

leitungen für Petroleum nach Philadelphia, Baltimore, Chicago, New-York etc. anlegte oder die bereits vorhandenen in seinen Besitz brachte, und gegenwärtig kann fast niemand anders als allein der Standard Oil Trust Petroleum nach den amerikanischen Häfen schaffen. Wenn dann doch noch einer der kleineren Produzenten Mittel und Wege ausfindig macht, Petroleum durch eigene Leitung nach New-York zu befördern, so setzt Rockefeller den Preis dort noch tiefer herab, als er an der Erzeugungsstelle selbst beträgt. 10 Mill. Dollar (ca. 45 Mill. Mark) soll Rockefeller für diese mörderische Operation ausgegeben haben, um die Oulfields (die außerhalb des Trusts stehenden) gefügig zu machen. Die traurige Lage der Produzenten schildert einer mit folgenden Worten: „Wir geben an das Komptoir der Standard Oil Co. und stellen uns dort in einer Reihe auf, oft einen halben Tag lang, oft 60 bis 70 Leute hinter einander, bis an die Straße hinauf. Wenn einer dann an die Reihe kommt, so bittet er demüthig, ihm seine Waare doch abzukaufen, und die Leute sind dann wohl so gnädig, sie abzunehmen.“ — So wüthet das Riesenkapital gegenüber dem kleineren Kapital! Wer denkt bei dieser Schilderung nicht an das Benehmen der Fabrikverleger gegenüber den schlesischen Seidenwebern? — Mit mehr als 700 Millionen Mark arbeitet der Standard Oil Trust, natürlich kann keine Einzelperson gegen ein solches Kapital aufkommen, und binnen kurzem werden die wenigen amerikanischen Oulfields ganz in der Hand des Trusts sein. Einzelne amerikanische Staaten haben allerdings Gesetze gegen die Trustbildung erlassen, und im Jahre 1892 war der St. O. T. gezwungen sich aufzulösen. Aber er löste sich nur auf, um sich in einer Form wieder neuzubilden, die jede gesetzgeberische Aktion gegen ihn ausschließen würde, falls man einmal in Amerika, ganz wider die landesübliche Gewohnheit, die großen anstatt die kleinen Diebe hängen wollte.

Mit seinen Polypenarmen hält der St. O. T. bereits auch den ganzen Kontinent umspannt. Die Petroleumversorgung Großbritanniens, Belgiens, der Niederlande, Spaniens, Italiens, Scandinaviens, in der letzten Zeit auch Frankreichs liegt in der Hand von Aktiengesellschaften, die nur die äußeren Departements des St. O. T. darstellen. Besonders interessant ist der Kampf in Deutschland, wo die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft in Bremen die Interessen des Trusts vertritt. Durch die Konstruktion von eigenen Landdampfern ist zunächst die ganze selbständige Petroleumveredlung ruiniert worden. Durch den Petroleum-Tarif 1890, durch den die deutsch-amerikanische Gesellschaft am wenigsten zu leiden hatte, wurde die Konkurrenz des russischen Petroleum und einer ganzen Reihe von Petroleum-Großhändlern, unter gefälliger Mitwirkung der deutschen Regierung, völlig lahm gelegt. Zudem der St. O. T. die Petroleumpreise rapid fallen ließ, von 15,2 M. p. 100 Kilo in 1884 auf 9,5 M. (!) in 1893, indem er den deutschen Markt geradezu mit Petroleum überschwemmte — der amerikanische Import stieg von 487 895 Tonnen in 1889 auf 722 297 Tonnen in 1893 — gleichzeitig aber alle die Importhäuser, die der Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft nicht zu Willen waren, einfach boykottirte und ihnen kein Petroleum mehr lieferte, zwang er die großen Importhäuser Kossig in Bremen, ferner die in Hamburg und Stettin, sich mit der Deutsch-Amerikanischen

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

Hiermit ging der Oberstrichter nach der Thüre, sah behutsam hinaus, ob niemand um die Wege, lehrte dann zurück, und zog Margarethens Gatten in die Ecke. „Guerr Sohn“, sprach er, „hat ein gewaltiges Vergerniß gegeben, und seine Vergehen sind wohlbekannt. Er hat geschändet Guerr Haus in sträflichem Bunde mit Guern Weibe; er hat entehrt Guern Stamm, der einen wilden Zweig in seiner edlen Krone trägt. Er hat höchstwahrscheinlich einen Mörder gedungen gegen Euch; er hat das richterliche Amt verlegt auf öffentlicher Straße, eine schlechte Judenbirne verteidigend; er lebt, nach wohlverbürgten Angaben, in Buhlerlei mit dieser Jüdin, deren Schlupfwinkel die Gerechtigkeit nur zu erfahren strebt, um ihr den wohlverdienten Lohn werden zu lassen. Blutschande, Verletzung kaiserlicher Majestät, Mord, Abfall vom christlichen Glauben nennt man obige Vergehen. Ihr hemmt den Arm der öffentlichen Rechtspflege; aber die Sünde soll nicht ungestraft bleiben, da auch im Verborgenen gerichtet wird unter dem höchsten Königsbann. Ich frage Euch also, Diether Frosch, Schöppe der heimlichen beschlossenen Mord, was werdet Ihr thun?“ — Diether fuhr heftig zusammen, und mußte sich an dem Gesimse anhalten, um nicht hinzusinken. Der

Oberstrichter raunte ihm hierauf in die Ohren: „Denk Eures Eides, und Guern frei-kaiserlichen Schöppenspflicht. Einmal habe ich gewarnt. Ich thue es nicht das zweite Mal. Nächsten Dienstag wird gehet, und der Stuhl erwartet Eure Klage.“ — „Um Gott!“ seufzte Diether: „Dieses Gäßliche hat mir nicht gehnt. Um des Heilands willen! ebensogut hätte ich meinem Sohne, der doch mein Fleisch und Blut bleibt, den Dolch in die Brust stoßen können, denn — muß ich dort klagen, ist er ohne Gnade dahin.“ — „Erstapptet Ihr ihn auf handhafter That, so wär's an Euch, in des Königs Namen zu richten;“ versetzte der Oberstrichter kalt: „verbessert jezo Guern Fehler. Die Pflicht ist schwer, ich geb' es zu; aber eines echten Freischöpfens schwerste Pflicht ist seinem Eide etwas Leichtes. Lebt wohl, Bruder. Gedent Eures Schwurs.“ — Der Oberstrichter überließ den Altbürger seinen Betrachtungen, wie unerbittlichen Pentern ein vergebens widerstrebendes Opfer.

Da nun der ehrbare Herr sich dem Rathhause näherte, sah er an dessen Pforte den Schultheiß stehen, im vertraulichen Gespräch mit Jodid, den er jedoch bald entließ, als er des Oberstrichters ansichtig wurde. Der letztere säumte nicht, seinem Gönner und Freunde zu berichten, daß durch seine Bemühungen alles Verdächtige in Diether's Hause sich zu entwickeln im Begriffe stehe. Der Schultheiß lächelte freundlich bei dieser Kunde. — „Recht, mein guter Herr und Freund;“ sprach er: „hier giebt es viel zu thun für Guern Eifer, das Böse, das sich halbstarrig Guern Fallensblick zu entgehen strebt, ans Tageslicht zu ziehen. Mir,“ seufzte er lächelnd hinzu: „mir ist das Glück nicht so günstig. Soeben benachrichtigt mich der getaufte Jude, daß es ihm noch nicht gelungen, den Aufenthalt Esthers auszu-

wittern, und ich darf Euch versichern, daß ich des Geldes nicht schonen würde, ihn zu entdecken.“ — Der Oberstricht wiegte achselzuckend den Kopf. „Ich konnte nicht wissen,“ entgegnete er, „daß die armselige Jüdin Euch es angethan. Ich hätte sie wahrlich nicht so wohlfeilen Kaufs damals entkommen lassen.“ — „O, Ihr wißt nicht, was schön ist!“ versetzte der Schultheiß seufzend: „Das verwiderte Gesicht eines Mörders, der schon jahrelang in Guern Kerker modert, hat der Reize mehr für Euch als die Rosenwangen des schönsten Frauenbildes. Schafft mir diejenige wieder, nach deren Besitz ich mich unaussprechlich sehne, und verlanget von mir, was Ihr wollt. Mein schöner stolze Reiter am Feldberg hat Euch beständig so wohl gefallen. Er ist Guern mit all seinen Fischen, für das einzige Fischlein, das Ihr aus dem Neze liebt, weil Ihr seinen Werth nicht zu schätzen wüthet.“ — „Traun, Herr Schultheiß,“ lachte der Oberstrichter: „ich war all mein Tage ein schlechter und lässiger Dinnensänger, aber dort sehe ich, wie mich dünkt, einen ganz andern Fisch die Straße heraufschwimmen, der noch nicht einmal weiß, an welcher Angel er hängt.“ — Es wälzte sich auch wirklich durch die ziemlich enge Gasse ein Schwarm von Menschen daher, mit Sing und Sang und Pfeifenklang, die sich gar fröhlich gebardeten. Zwei Gestalten in buntpfarbiger Kleidung — junge Männer, die ihre jugendlichen Gesichter mit ungeheueren falschen Wärten verzerrt hatten, — eröffneten den kleinen Zug, lange Schwerter auf den Schultern tragend. Ein Banner und Schildträger folgte auf sie, und ihnen nach jubelte die ganze Funtz der Harnischer und Waffenschmiede, dem Reiter, der in ihrer Mitte langsam und gravitätisch einherkletterte, ein helles „Lebe hoch!“ bringend. „Ist das nicht der von Hülshofen?“ fragte der Schul-

Petroleum-Gesellschaft zu konsolidieren. Von 4,6 Millionen Barrels, die 1892 nach Deutschland importiert wurden, sind nur circa 700 000 Barrels von drei oder vier unabhängigen Importeuren, davon mehr als die Hälfte von der Firma Böh in Mannheim, eingeführt worden. Durch den Bau von Fluß-Tankschiffen, durch die Anlage von großen Petroleumdepots an den Haupt-Inlandsplätzen und kleineren Tanks, die über das ganze Land verstreut sind, riß die Deutsch-Amerikanische auch den ganzen binnenländischen Großhandel an sich. Zahllose Existenzen, nach denen kein Hahn kräht, wurden durch diese Monopolisierungsbestrebungen ruiniert — die deutschen Verbündeten des St. O. Z. aber heimsten 1891 einen Reingewinn von mehr als 21 pCt. ein. In grausamster Weise bekämpft nun die Deutsch-Amerikanische die unabhängigen gebliebenen deutschen Großhändler, vor allem die Firma Böh in Mannheim. Vor keiner Niederträchtigkeit, vor keinem Trick, der in seiner Moral nicht über dem Kämmeblättchen steht, schreckt der Truß zurück, um die unbehagliche Konkurrenz zu beseitigen. Er verkaufte 1892 Petroleum nach Mannheim für 18,50 v. R., d. h. unter Berücksichtigung des Zolles und der Fracht 1,65 v. R. unter dem Bremer Preise, er legte Konkurrenzläger in Mannheim, Mühlheim a. Rh., Basel u. an und bekämpfte gleichzeitig durch Preis-Unterbietungen die amerikanischen Outsider, die den unabhängigen, deutschen Importeuren noch Petroleum liefern. Es ist ein Konkurrenzkampf bis auf's Messer, und es unterliegt keinem Zweifel, daß in diesem Verzweiflungskampfe die unabhängigen deutschen Importeure unterliegen müssen. Dann hätte der Truß auch in Deutschland das reine Monopol, und könnte mit seinen Preisen beliebig in die Höhe gehen — wenn nicht noch russisches Petroleum auf den Markt käme. Aber die russische Konkurrenz ist nicht sehr zu fürchten, da sie fast vollständig auf den theueren Bahntransport angewiesen ist und deshalb immer mehr vom deutschen Markt verdrängt wird. 1889 waren noch 8,95 pCt. des importierten Petroleums russischen Ursprungs, 1892 waren es nur noch 6,3 pCt., um 1893 unter Einwirkung des Zollkrieges auf 4,2 pCt. und in den fünf ersten Monaten 1894 auf 1,2 pCt. zurückzugehen. Der einzige russische Petroleumimporteur; die Naphta-Produktionsgesellschaft (vorm. Gebr. Nobel) die jetzt Petroleum nach Deutschland liefert, konnte deshalb 1891 auch nur 3 pCt. Reingewinn erzielen, der in den letzten Jahren noch weiter herabgegangen ist.

Aber solange noch ein Tropfen russischen Petroleums auf deutschen Märkten — hauptsächlich Breslau — erscheint, kann der St. O. Z. nicht davon denken, seine enorm niedrigen Preise zu erhöhen, um den Konsumenten zu pressen, und so das Endziel aller Kartelle und Trübs zu erreichen; also muß die russische Konkurrenz beseitigt werden. Da aber die russischen Produzenten billiger Arbeitskräfte zur Verfügung haben als die amerikanischen, auch durch Arbeiterschutz-Gesetze in ihrer Ausbeutung nicht gehindert werden, da überdies durch den deutsch-russischen Handelsvertrag mit Hilfe eines besonderen Versicherungs-Mobus dem russischen Petroleum besondere Vorteile geboten werden, und die Fracht auf russischen Bahnen von 19 Kop. per Pud auf 9 Kop. herabgesetzt worden ist, so giebt es natürlich kein besseres Mittel zur Beseitigung dieser Konkurrenz, als die internationale Verständigung der amerikanischen und russischen Produzenten. Und die Ansätze zu einer solchen Verständigung sind bereits gemacht. Seit dem Jahre 1893 ist unter stetiger Antheilnahme des russischen Finanzministers Witte ein Petroleum-Syndikat zu Stande gekommen, das circa 85 pCt. der russischen Produktion nach Absatzgebieten unter sich vertheilt hat. Den Haupteinfluß in diesem Syndikat hat zur Zeit noch die Nobel-Gesellschaft mit 9010 Antheilen von ca. 46 000 und auch sonst sind noch einige Firmen syndicirt, die entschiedene Gegner der Verständigung mit Amerika sind, so vor allem die Firma Schibajew u. Ko. mit 3506 Antheilen. Aber in dem Syndikat eingeschlossen ist auch Rothschild unter der Flagge: Kaspi-Schwarzmeer-Gesellschaft, und die Interessen Rothschild's laufen mit den Interessen Rockefeller's, also mit dem St. O. Z. parallel. Rothschild hat jetzt bereits 5870 Antheile; auf seiner Seite steht noch die Firma Montaschew u. Ko. mit 3059 Antheilen und eine große Zahl kleinerer Produzenten, die an Rothschild durch Pacht- und Lieferungsverträge gebunden sind. In getreulicher Nachahmung der Praktiken des St. O. Z. sucht nun Rothschild vor allem der Transportmittel habhaft zu werden. Er beschlaguhart den Wagenpark der Kaspi-Schwarzmeerbahn für sich, läßt wochenlang 500—600 Wagen in Vaku, der Hauptproduktionsstätte stehen, um den Bahntransport zu sperren und zahlt geduldig die hohen Strafgebühren. Er baut Lantodampfer für den Verkehr durch den Suez-Kanal und auch im Finanzministerium spielt der Rothschild-Rudel seinen allmächtigen Einfluß. Besonders auch in Oesterreich-Ungarn, das sich bisher noch von dem Einfluß des amerikanischen Petroleums freizuhalten gewußt hatte, unternehmen Rothschild und die mit ihm verbundenen Banken, die kühnsten Spekulationen, um sich anscheinend ins eigene Fleisch zu schneiden, in Wahrheit aber, um dem St. O. Z. die Wege zu ebnen. — Sowie Rothschild den entscheidenden Einfluß im russischen Petroleumsyndikat gewonnen hat, ist der eberne Keil des Petroleum-Weltmonopols zusammengeschwießt und die

Presserei der Konsumenten kann im Großen beginnen, um die bisherigen Kriegskolben des Konkurrenzkampfes zu decken. Dann kann die Theilung der Welt unter die modernen Raubritter nach dem Plane von Stalin gehen, der bereits jetzt fertig ausgearbeitet vorliegt. Die Amerikaner versorgen Amerika, Westeuropa einschließlich Italien, fernere Westafrika, einschließlich Nordafrika westlich von Griechenland, während die Russen sich den Bedarf von Osteuropa, Ostafrika und ganz Asien reservieren. — Dann ade, freie Konkurrenz, dann ade Gewerbefreiheit. Wie in Deutschland zahlreiche Mittelspersonen: Importeure in den Seehäfen, Aether, Makler, Waaggeschäfte, Ausfuhrgeschäfte, Kleinhändler und viele Nebengewerbe, sowie die Angehörigen dieser Geschäfte durch die Machinationen der Deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft in den Sand gestreckt worden sind, werden nachher auch in den übrigen Staaten zahllose Existenzen ruiniert, große und kleine Kapitalisten vernichtet werden, und eine verschwindende Zahl von Riesenskapitalisten, Stockeller, Rothschild, Nobels Nachf. u. werden sich in den Raub theilen. — Heut steht das Konsumentenpublikum allerdings noch mit einiger Ruhe zu, wie die großen Händler alles wohl vorbereiten, um im gegebenen Augenblicke die Konsumentenfalle zuschnappen zu lassen, denn der lockende Speck sind die unglaublich niedrigen Petroleumpreise; durch die bürgerlichen Zeitungen, die nur die Todesahnungen der großen Kapitalisten aussprechen, wird allerdings gegenwärtig auch das große Publikum aus der beschaulichen Ruhe und aus der hoffnungsvollen Zuversicht aufgerüttelt, daß das Petroleum immer weiter so billig bleiben muß, wie es heute ist, aber diese Anstrengungen sind vergebliche Liebesmühen; auch die Hoffnungen auf die eventuelle Erschließung rumänischer Petroleumquellen oder auf galizisches Petroleum, werden dem ehriamen Spießer durch die Macht des Riesenkapitals rasch geknickt werden, und er, der die staats- und gesellschaftserhaltende Kraft des Kapitalismus vor den umhärterischen Angriffen der Sozialdemokratie gebregt und gepflegt hat, wird die Strafe für seine blöde Kurzsichtigkeit zahlen müssen. Uns aber, uns soll das schon recht sein. Was die intelligenteren der Kapitalisten jetzt erst schauernd zu ahnen beginnen, daß die rapide Kapitalkonzentration nur die Geschäfte des Sozialismus besorgt, hätten sie bereits im kommunistischen Manifest nachlesen können. Die rapide Auffassung des kleinen und mittleren Kapitals, die Proletarisierung jedes auf Selbständigkeit setzenden Kapitalisten als Strafe für seine Unbotmäßigkeit, die Vernichtung zahlreicher Einzelexistenzen durch das monopolisierte Kapital, wie es sich in dem Falle des Petroleummonopols selbst den blöden Augen sichtbar abspielt, sie führt gleichzeitig die heutige Gesellschaft mit Riesenschritten dem Sozialismus näher. Immer geringer wird die Zahl derer, die noch ein Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nehmen und immer breiteren Massen wird die ungeheure wirtschaftliche Ueberlegenheit einer planmäßig-geregelten Produktion ad oculos demonstret. So uniergräbt das Kapital selbst den Boden, auf dem es steht, und gräbt sich thöricht selbst die Wime, durch die es in die Luft gesprengt werden soll.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 7. Juli.

Einen ordnungsparteilichen Sammelruf stößt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem Artikel aus, der augenscheinlich einen offiziellen Charakter trägt. Das Geschrei der Offiziere läßt darauf schließen, daß die Regierung sich zwar nicht zu übereilten Ausnahmegesetzen drängen lassen will, aber die Verschlechterung und den angestrebten Joru der Bourgeoisie gegen den Anarchismus dazu ausnutzen möchte, um alle die zankenden Fraktionen vom Grafen Kanitz bis Engen Richter in einer Pfert zusammen zu treiben, wo sie folgiam den Schalmeyen Caprioli's lauschen und sich zum Kampfesmuth gegen die Sozialdemokratie begeistern lassen sollen. Ist es erst so weit, dann wird die Regierung auch garnicht abgeneigt sein, in aller Ruhe neue gesetzliche Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zu beraten, meint das offiziöse Blatt. Um diese Schwentung vorzubereiten, wendet sich Bindter's Nachfolger ausdrücklich gegen die Bemerkung eines Zentrumsblattes, daß es unmöglich sei, ein abgeschafftes Ausnahmegesetz, das gründlich Fiasco gemacht habe, wieder einzuführen. Es heißt da:

Eine Regierung, so sagt das Zentrumsblatt, könne sich nicht lächerlich machen, indem sie alle paar Jahre den Kurs wechselt. Hier liegt eine offensbare Abweichung von der geschichtlichen Wahrheit vor. Das Sozialistengesetz ist nicht von der Regierung aufgehoben, sondern außer Übung gekommen, weil der Reichstag im Jahre 1890 eine Vorlage der verbündeten Regierungen, die eine Erneuerung und theilweise Aenderung des dem Ablauf zuneigenden Sozialistengesetzes vorschlug, ablebte. Eine parlamentarische Lage, die einer Wiederholung des Versuchs der verbündeten Regierungen auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg eröffnet hätte, hat sich seitdem nicht dar-

und Kolben aneinander, mit denen sie sich der Festlichkeit halber geschmückt hatten. Die Pfeifer bliesen zum Rückzug, und unter gellendem Freudengetöse wurde dieser auch wirklich angetreten. Gerhard stieg mit den beiden Nachhabern die Treppe vollends hinan, und erschöpfte sich in vrahlerischen Redensarten und in der Wiederholung der Grüße und Freundschaftsversicherungen, welche ihm, seinen Beherrungen zufolge, Fürsten und Herren an den wohlweisen Rath von Frankfurt aufgetragen, mit auf den Weg gegeben hatten. In dem Strome seiner langathmigen Rede dahinschwimmend, und wie ein geschickter Schütze immer das vorgestreckte Ziel erreichend, und die Hoffnung berührend, die er auf die bekannte Großmuth und Freigebigkeit des Magistrats gesetzt, bemerkte Gerhard nicht, daß Schultheiß und Oberstrichter hartnäckig schwiegen, und kein Wortlein auf all diese jubringlichen Höflichkeiten zu erwidern Lust hatten. Da aber die Thüre des Schöffengerichts hinter ihnen zugefallen war, und Gerhard sich noch immer vergebens nach einem freundlichen Gesichte umlag, statt dessen jedoch nur zwei ganz ernsthafte vor sich erblickte, wurde ihm anders zu Sinne. Er schwieg ebenfalls, und manche längst vergessene Schalkheit, für die er jezo zur Verantwortung gezogen zu werden befürchtete, drang sich seiner Erinnerung auf; indessen glaubte er aus allen Himmeln zu fallen, als ihn der Schultheiß folgendermaßen anredete: „Herr! Ihr habt Euch zu Costniz gehalten wie ein Mann; glaubte ich nicht den Berichten der dort anwesenden Schöffen, ich müßte es Euerm ruhmbegierigen Mund unbedingt glauben; allein nicht um Eurer Thaten willen belobt zu werden, würdet Ihr zurückberufen, sondern um Rechenschaft zu geben von einer Handlung, die sich eben so wenig mit Euerm Wappen, als mit Euerm Stand als Dienstmann dieser reichstreuen Stadt verträgt. Darum werdet Ihr Belieben tragen, Eure Wehr an den ehrbaren Herrn hier zu meiner Seite abzuliefern, und in seinem Hause fürs erste ritterliche Haft Euch gefallen zu lassen. Von Euerm Benehmen und Euerm Geständnisse wird es abhängen, ob Ihr daselbst verbleiben dürft, oder härteren Gewahrsam schuldig seid.“

(Fortsetzung folgt.)

geboten. Es kann also schlechterdings nicht die Rede davon sein, daß die Regierung die angeblide Thatsache, daß die Ausnahmegesetzpolitik gegen die Sozialdemokratie ein Fiasco erlitten, anerkannt hätte. Es liegt kein positiver Akt der verbündeten Regierungen aus den letzten vier Jahren vor, der einen Schluß nach der einen oder nach der anderen Seite gestattete.

Also es braucht nur eine neue Anglimmerheit in den Reichstag zu kommen, so kann man sich auf eine Wiedereinführung des Sozialistengesetzes gefaßt machen, so theilen uns in Kommission Bindter's selige Erben mit. Es sollte uns wirklich leid thun um den Grafen Caprioli, wenn er schließlich doch noch in der armenigen Praktik der Ausnahmegesetze, die verachtete Politik seiner Vorgänger nachahmen sollte. Sein Schicksal würde das gleiche sein.

Die Todesmärsche wollen „Köln. Ztg.“ und „Nordd. Allg. Ztg.“ beschönigen, ableugnen können die Blätter die Thatsachen nicht, sie enthalten sich auch des Wunsches, daß zur Sommerzeit Uebungsmärsche, wie dies in Frankreich üblich ist, bloß zur Nachtzeit vorgenommen werden sollen. Die Sünden des Militarismus wollen diese Zeitungen beschönigen, nichts fürchten sie aber mehr als eine Radikalur.

Eine weitere Verböserung unseres wahrlich genug mangelhaften Arbeiterschutzgesetzes wird von dem Vereine für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamt-Bezirktes Dortmund zum Schaden der jugendlichen Arbeiter gefordert. Man will sich der im Interesse der Hintanhaltung von Ueberanstrengung des jugendlichen Organismus so überaus nöthigen Pausen entledigen. Das Organ Caprioli's, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, druckt beifällig die bezüglichen Aeußerungen im Berichte dieses Vereins nach.

Zivilprozeß-Ordnung. Im Reichsjustizamt und Justizministerium sind Arbeiten beauftragt Revision der Zivilprozeß-Ordnung in Vorbereitung, deren Abschluß in einigen Monaten erwartet werden darf. Die in Vorschlag gebrachten Aenderungen dürften, so wird offiziös geschrieben, auf eine erhebliche Vereinfachung des Verfahrens abzielen, die Zuständigkeit des Einzelrichters im Zusammenhange mit der im Strafverfahren angebahnten Ausdehnung der Zuständigkeit der Schöffengerichte erweitern, und endlich das Instanzwesen reformiren, während eine Aenderung der Gerichtsvollzieher-Funktionen vor Erledigung des letzteren Punktes nicht beabsichtigt sein dürfte.

Blindelsh. Sowie die Gesetzgebung einen neuen reaktionären Anlauf nimmt, erleben wir regelmäßig folgendes Verhalten des Liberalismus. Zuerst höchst absprechende Kritik und mehr oder weniger scharfe Opposition gegen die Reaktion, und schließlich größere oder geringere Zugeständnisse an die Reaktion. Diese muß zum Theil ihre Ansprüche ermäßigen, aber das was sie erringt, dient zu ihrer weiteren Kräftigung, so daß sie das ihr heute verlagte morgen um so leichter nachholen kann. Der Liberalismus aber triumphirt, daß er der Reaktion nicht alles zugestanden hat. Gegenwärtig ist die Reaktion mehr als je in der Gesetzgebung thätig. Wir haben jetzt eine Reform der Strafprozeß-Ordnung zu erwarten, die deren bisherige Uebel noch erhöhen soll. Die Untersuchungschaft soll noch weitere Ausdehnung erhalten und ihre Verhandlung noch größerer Willkür ausgesetzt sein. Die freisinnige Presse ist nicht blind gegen die Härten und Unbilligkeiten schon des bisherigen Verfahrens, die noch gesteigert werden sollen. Aber in ihrer Kritik tappt sie wie beim Blindelshpiel mit verbundenen Augen umher; den Kern des Übels packt sie nicht und kommt sie ihm zufällig nahe, dann läßt sie ihn sich schleunigst entschlipfen. So berührt die „Voss. Ztg.“ in ihrem heutigen Leitartikel „Die Untersuchungschaft“ im Vorübergehen den Kern des Übels. Sie schreibt:

Wie viel Unheil die unbegründete Haft schon angerichtet hat, läßt sich statistisch nicht nachweisen. Das aber ist gewiß, daß es einen großen Theil des Ruhens dieser ganzen Einrichtung auslöst. Vielleicht wäre auch das herrschende Recht längst geändert worden, wenn die Schattenseiten, die nur zu oft Mitgliedern der großen Masse des Volks fühlbar werden, auch häufiger, wie in dem Fall Rohe, von denen empfunden würden, die zu den oberen Zehntausend zählen.“

Hier steckt des Pudels Kern! Aber was hilft's, wenn der alten Tante wieder einmal eine leise Ahnung von dem wahren Geiste unserer Gesetzgebung aufsteigt! Das Bourgeoisblatt müßte sich selbst verleugnen, wollte es diese schattenhafte Ahnung in faßbare Formen umbilden. Die herrschenden Klassen schaffen die Gesetze, wie sie ihnen passen und so, daß sie von ihren Unannehmlichkeiten nicht getroffen werden, und je reaktionärer sie selbst sind, ob sie sich konservativ oder freisinnig nennen, um so reaktionärer muß auch die Gesetzgebung werden! —

Herrn Eugen Richter's „Freisinnige Zeitung“ schreibt über die Ausweisung in Burgstädt:

Sächsisches. In Burgstädt hat die Polizeibehörde die Redakteure des sozialdemokratischen Blattes ausgewiesen auf Grund einer alten sächsischen Verordnung, wonach jemand, der in Sachsen keinen Unterhaltungsnothstand erworben hat und bestraft ist, von den Orts-Polizeibehörden ausgewiesen werden kann. Die Strafe, auf welche sich die Polizei stützt, ist aber nur eine solche wegen Freisprechung. Diese sächsische Bestimmung widerspricht aber offenbar den Bestimmungen der Reichsverfassung über das gemeinsame Indigenat für ganz Deutschland und über die Heimaths- und Niederlassungsgesetze.

Es mag bemerkt werden, daß die „alte sächsische Verordnung“ ein Gesetz ist, das am 15. April 1886 erlassen worden ist und auf Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen, mit denen Herr Richter es in Widerspruch setzt, erlassen werden konnte. Durch § 3 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 nämlich, das zuerst für den Norddeutschen Bund (mit Sachsen) erlassen, mit Erlaß der Verfassung des Deutschen Reiches zum Reichsgesetz erklärt, auf alle Bundesstaaten und am 8. Januar 1873 auch auf das Reichsland ausgedehnt wurde, werden ausdrücklich die landesgesetzlichen Vorschriften aufrecht erhalten, wonach bestrafte Personen Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen werden können. Man kennt ja die preiswürdige Gepflogenheit der Reichsgesetzgebung, „bewährte“ reaktionäre Bestimmungen der Landesgesetzgebung möglichst lange zu erhalten, auch wenn sie in das Gebiet der Reichsgesetzgebung gehören! Herr Richter, der doch selbst bei Verathung des Freizügigkeits-Gesetzes mit dabei gewesen ist, braucht das nicht zu wissen! Er darf das sächsische Gesetz, über das er mit solcher Kennermiene aburtheilt, und das auf Grund jenes Freizügigkeits-Gesetzes erlassen wurde, für eine „alte Verordnung“ erklären, der längst reichsgesetz-

lich das Genick gebrochen ist! Ebenso wie er die bayerische Verfassung nicht zu kennen brauchte, als er von den auf das Reservatrecht bezüglichen Verträgen erklärte, daß sie kein Bestandteil der bayerischen Verfassung bildeten. Ein großer und rebegewaltiger Mund, „voll und ganz“ kapital-treue Gesinnung und ein „unentwegt“ mandchesterliches Streben ersetzt alle staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse, ja übertrifft sie noch, wenn man nur nicht blöde ist.

Die Sächsische Arbeiter-Zeitung war in den letzten Tagen Gegenstand des Angriffes der ganzen reaktionären Meute. Auf ein paar willkürlich aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen wurde ein großmächtiges Lügegebäude errichtet, durch das die Nothwendigkeit von Ausnahmegesetzen erwiesen werden sollte. In einem vor-trefflichen „Hinrichtung und Attentat oder eine einfältige Denunziation“ überschriebenen Artikel antwortet unser Bruderorgan in seiner Nummer 154 den bewußten Fälschern. Wir bedauern sehr, den Artikel unseres Raum-mangels wegen nicht abdrucken zu können und zitieren bloß die Schlusssätze:

„Bourgeois und Anarchisten sind sich in ihrer Kampfesart also gleich und nur die Sozialdemokratie kämpft nicht mit Worten, sondern mit dem Geisteswert und mit diesem wird sie siegen, trotz der reaktionären Zeitungsschreiber, trotz aller Beurtheilungen und trotz aller Unterdrückungsmaßregeln, wie sie jetzt von der gesammten reaktionären Clique verlangt werden!“

Internationale der Polizisten. Auch die Ungarn sind den russischen Polizeibehörden zu Willen und zu Diensten. Aus Budapest wird telegraphirt:

Die hiesige Polizei verhaftete auf Weisung der Petersburger Geheimpolizei einen gewissen Konstantin Dronowitsky, welcher die hiesige thierärztliche Akademie besucht. Dronowitsky soll ein gefährlicher Nihilist sein und wurde bereits aus Frankreich und der Schweiz ausgewiesen. Die bei ihm beschlagnahmten Briefschaften sollen äußerst kompromittirend sein. Dronowitsky wird des Landes verwiesen und über die Grenze gebracht werden.

Ueber welche Grenze? Vielleicht über die — russische! —

Von einem anarchischen Komplote zum Zwecke der Ermordung Carnot's faselten die Reaktionäre aller Länder, tiefurchachtete Erwägungen hierüber brachten unsere nach Ausnahmegesetzen lüsternden Blätter, dem Vorwurf der Fripollität setzte man sich aus, wenn man im Gegensatz zur „Nordd. Allgem. Ztg.“ behauptete, daß über die Beziehungen Caserio's vor der Gerichtsverhandlung nichts fest behauptet werden könnte, daß es selbst vom Standpunkt der Reaktionäre als leichtfertig über alle Maßen bezeichnet werden müsse, aus dem Attentate gegen irgend eine Partei Kapital zu schlagen. Und nun zehn Tage, nachdem wir das behauptet haben, berichtet der Telegraph das folgende:

Paris, 7. Juli. Die Verhöre Caserio's haben bisher keine bestimmten Anhaltspunkte über etwaige Mitschuldige ergeben. Wenn die Untersuchung in Montbrison nichts zu Tage fördert, werden die Prozeduren der Anklagekammer übergeben werden.

Die Ablehnung der Amnestie-Anträge entspricht vollständig den Gesinnungen, deren man sich von einer orleanistischen Regierung zu versehen hat.“ Dies ist die Quittung der französischen sozialistischen Presse auf die erste That der Regierung Casimir's Perier's. —

Die französische sozialistische Presse fordert in be-redeten Artikeln die Blätter aller Parteien auf, die gelegentlich des Todes Carnot's von allen Ländern kundgegebenen friedlichen Gesinnungen auszubenten, um der Regierung die Pflicht aufzuerlegen, eine theilweise Abrüstung herbeizuführen. —

Das Asylrecht war Gegenstand von Verhandlungen im englischen Oberhause. Während Salisbury, der frühere Ministerpräsident und Führer der konservativen Partei, für die Aufhebung des Asylrechts sich aussprach, vertheidigte dasselbe, wenn auch nicht mit besonderem Eifer, der Führer der Liberalen, der jetzige Ministerpräsident Rosebery. Hieraus kann man entnehmen, daß die von uns stets ge-äußerte Meinung, daß England ein Hinderniß internationaler Polizeibemühungen sein wird, richtig war, so lange die liberale Partei am Ruder bleibt, daß aber der Reaktion Thör und Thor auch in England geöffnet sein wird, sobald die Konservativen an's Ruder kommen. Ein ausführliches Telegramm des Wolffschen Bureaus meldet über die Sitzung das folgende:

Salisbury beantragte die erste Lesung einer Bill, betreffend Abänderung der Einwanderungsgesetze. Der erste Theil der Vorlage betreffe arme Einwanderer und gestatte der Regierung, auf den Bericht des Inspektors des Handelsamtes mittels Rabinetsordre die Landung von Personen zu verbieten, falls es sich um Idioten, Wahnsinnige und Verarmte, welche wahrscheinlich dem Staate zur Last fielen, handelte, oder um Personen, welche an einer gefährlichen ansteckenden Krankheit litten. Der zweite Theil der Bill sei gegen diejenige Klasse von Fremden gerichtet, für welche England seit langer Zeit den Sammelpfad bilde. Indem Salisbury an die jüngsten tragischen Ereignisse erinnerte, welche den Abscheu aller Zivilisirten erregt hätten, erklärte er, Verschö-derungen, welche derartige Verbrechen ergeben hätten, seien sehr oft auf britischem Boden angezettelt worden. Es sei die Pflicht Englands gegenüber den Nationen und gegenüber der Zivilisation, Vorsichtsmaßregeln gegen die Verschöderungen jener Feinde der Gesell-schaft zu treffen; deshalb schlage die Bill die Ver-neuerung gewisser im Jahre 1848 der Regierung ver-lichener Befugnisse in beschränktem Maße vor, nach denen der Staatsminister befugt sein würde, jeden Fremden auszuweisen, den er für den öffentlichen Frieden gefährlich oder für ge-ignete halte, die Begehung von Verbrechen in England oder anderwärts zu fördern; eine Weigerung, das Land zu verlassen, solle durch Einsperrung oder Gefängnis gehandelt werden.

Der Premierminister Lord Rosebery erklärte, er habe nicht viel gegen den ersten Theil der Bill betreffend die armen Einwanderer einzuwenden; er glaube, Eng-land sei durch die Tradition, die ihm den Namen eines Asyls aller Nationen gegeben, zu sehr beengt gewesen, allein die Frage sei nicht so dringend, wie Salis-bury meint. Wenn aber andere Nationen Gesetze erlassen, um unerwünschte Ausländer fern zu halten, werden wir eine Abwanderung der Welt werden, indem die schlimmsten Leute des Festlandes auf unser Ufer geworfen werden.“ Die Gefahr sei nicht dringend, aber doch auch nicht außer Acht zu lassen. Die Vorschläge Salisbury's werde die Regierung auf das Sorgfältigste erwägen. Was den zweiten, bei weitem wichtigeren Theil der Vorlage betrifft, bedauere er auf das Tiefste, daß Salisbury durch seine

Erklärung die Ansicht unterstützt habe, daß England der Haupttheil der unseligen Ver-schwörungen im Auslande sei. Salisbury habe da-durch das Gerüde auswärtiger Journalisten, daß England das Land sei, welches besonders die anarchischen Attentate auf fremde allierte Souveräne fördere, unterstützt. Die Wirkung seiner Aeußerung könne höchst nach-theillich sein. Wo sei der Beweis, außer dem Ge-schlah der Presse, dafür, daß der Mörder Carnot's aus England gekommen oder das Verbrechen in England vor-bereitet oder daß England irgendwie dafür verantwortlich zu machen sei? Nichts Unheilvolleres sei in englischen Kammern gesagt worden, nichts, was geeigneter wäre, die auswärtigen Beziehungen Englands zu verwickeln, als die Anklage des früheren Premierministers gegen sein Land, das ein Zufluchtsort auswärtiger Mörder sein solle. Salisbury's Sprache gehe zu weit und sei nicht als eine wahre Niederlage des bestehenden Zustandes zu recht-fertigen. Deshalb giebt es viele dieser Ver-brecher hier? fragt der Redner. Nur weil sie von den Ländern, die über ihre Anwesen-heit bei uns klagen, hierher getrieben werden. Ich bedauere deren Anwesenheit in unserem Lande, und daß einige ihrer Verbrechen hier an-gehebt werden, aber ich kann nicht zugeben, daß das Land, das sie unwillig aufnimmt, hauptsächlich für ihre Verbrechen ver-antwortlich gemacht werde. Wir thun unser bestes, das Vorgehen dieser Leute zu überwachen und aufzubalten. Unsere Geheimpolizei ist mindestens der anderer Länder gleich. Ich hoffe, wir werden trotz Salisbury's Erklärungen die fremden Staaten darüber beruhigen können, daß wir Mörder nicht in größerer Menge beherbergen als sie selbst. Wir werden die Vorschläge Lord Salisbury's mit dem Wunsche, ihnen im freundlichsten Geiste zu begegnen, erwägen.“ Lord Salis-bury wies den Angriff des Premierministers zurück. Er habe nicht gesagt, England sei eine willige Herberge dieser Leute, sondern nur betont, daß die englischen Gesetze ungenügend seien, um dem Uebel der Aufnahme solcher Personen zu steuern. Die Vorlage wurde hiernach in erster Lesung angenommen.

Blätter, wie die „National-Zeitung“, sind sehr ärger-lich über die ihnen von Lord Rosebery zu theil gewordenen Hiebe, sie sind bitterböse über die Wahrheit, die in den Worten Rosebery's enthalten ist, daß in das englische Asyl die Anarchisten von ihren Regierungen getrieben wurden. Man revanchirt sich in den Bureaus der „National-Zeitung“ damit, daß man den leitenden Minister Englands darüber belehrt, was er dem Ansehen Englands schuldig ist. Offenlich ist Lord Rosebery nicht ausschließlich auf die Unterweisungen der Herrn Köbner und Siegfried Samosch angewiesen, es würde das die Zeitung der englischen Politik selbst im Zeitalter des Telegraphen erschauern. Der englische Premierminister wird sich damit zu trösten suchen, daß die Presse der großen Liberalen und radikalen Partei Englands in dieser Frage hinter ihm steht. Was ein scheinliberales Blatt in Berlin über ihn urtheilt, wird ihn kalt lassen. Man ersieht auch hieraus, wie ungünstig sich der deutsche vom englischen Liberalismus unterscheidet.

Auch die Schweiz scheint nun doch auf den ab-schüssigen Bahnen Halt machen und bei der internatio-nalen Anarchistenhege nicht mitmachen zu wollen. Der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ tele-graphirt hierzu aus Bern:

Aus Bundesrathskreisen vernehme ich, daß die Schweiz kaum einer internationalen Konvention zur Bekämpfung der Anarchisten beitreten wird; man besorgt, solche Vereinbarung könnte von Großstaaten, wie Rußland und Deutschland, gegen-über einem Lande, wie die Eidgenossenschaft, leicht mißbraucht werden. Man ist der Ansicht, da es sich wesentlich um die Aufstellung wirksamer Polizeivorschriften handle, könne dies leicht mittels diplomatischer Unterhandlungen von Regierung zu Regierung bewerkstelligt werden. —

Der Auktionsverkauf in den englischen Staatsbetrieben. Bei der Verathung des Budgets des Krieges im Unterhause erklärte der Finanzsekretär im Kriegs-ministerium, Woodall, der Auktionsverkauf für die Arbeiter im Arsenal sei erfolgreicher gewesen, als man er-wartet habe. Die Arbeiter seien im Stande gewesen, mehr zu verdienen, als früher.

In Deutschland denkt man freilich anders. Wir marxistiren dafür aber auch bloß in der offiziellen Presse an der Spitze der Sozialreform. —

Das italienische Parlament wird nicht auf seinen Steuerbewilligungen Vorbeeren ausruhen, es wird noch die Ausnahmegesetze bewilligen und dann mit Schmach und Schande beladen in die Ferien gehen. Wir hoffen, daß die Wähler es den Deputirten an dem gebührenden Empfange nicht fehlen lassen werden. —

Den Finanzvorlagen Crispi's wurde in der Finanz-kommission des Senats zugestimmt mit Ausnahme der die bestehenden Klassen treffenden Besteuerung der Rentenkoupons. Harte Steuerbedrückung des Volkes und auch durch Steuern ungestörtes Rentnerleben, das ist das Finanzideal nicht bloß der italienischen Bourgeoisie. —

Auch der Belagerungszustand wird in Italien bald abgewirksam sein. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, wird durch ein heute erlassenes Dekret das Straf-verfahren wegen Uebertretung der Verordnung betreffend die Ablieferung von Waffen in Sizilien aufgehoben. Die von den Kriegsgerichten anlässlich solcher Uebertretungen verhängten Strafen werden erlassen. —

Anarchisten-Verhaftungen werden alltäglich tele-graphisch aus Frankreich und Italien gemeldet. Eine der heute aus Rom eingetroffenen Depeschen lautet:

Die Verhaftungen von Anarchisten dauern fort. Im ganzen Lande hat die Polizei umfassende Untersuchungen be-gonnen. Man befürchtet Unruhen, da augenblicklich die Polizei bei den Verhaftungen zu will-kürlich und ohne hinreichende Beweise zu Werke geht. —

Zum Sturze Stambulow's erzählt die wegen ihrer Beziehungen zur russischen Regierung wenig vertrauens-würdige „Nowoje Wremja“, Stambulow hätte beabsichtigt, den dreijährigen Sohn des verstorbenen Grafen Hartenau als Thronkandidaten aufzustellen, um seine Stellung als Regent für lange Jahre zu sichern. Weiter führt das Blatt aus, die Gemahlin des Fürsten Ferdinand trage haupt-sächlich die Schuld an dem Sturze Stambulow's. Sie hielt denselben für das Land und für den Fürsten für ge-fährlich und drang auf das hartnäckigste in ihren Gemahl, das Volk von Stambulow zu befreien!“

Die herrschsüchtige Bourbonin hat sich und ihren Mann, den Fürsten Ferdinand von dem überlegenen Stambulow befreien wollen. Das bulgarische Volk ist dem Coburger und der Bourbonin gleichgiltig, wenn es ihnen nur die Krone läßt und hübsch seine Steuern bezahlt. —

Ueber den Eisenbahnarbeiter-Ausstand in den Vereinigten Staaten liegen folgende, im Augenblicke un-kontrollirbare Depeschen des Wolffschen Bureaus aus Chicago vor:

Die Lage verschlimmert sich, Anarchie und Gewaltthätig-keit herrschen überall in der Stadt. Die Ausständigen plündern die Depots, stecken die Züge in Brand und schnitten das elektrische Licht ab. Ferner kuppelten sie von einem Zuge die Maschine ab, gaben ihr große Ge-schwindigkeit und ließen sie mit den Zügen zusammenstoßen, welche letztere zerstört wurden. Die Polizei schoß auf die Ausständigen, von denen zwei getödtet und mehrere verwundet wurden. Die Volksmenge griff Abends einen Zug auf der Eisenbahnlinie Baltimore-Ohio an; hierbei wurden mehrere der Streifenden verwundet, 4 Personen sollen ge-tödtet sein.

Während der Nacht durchzogen Banden von Streifenden die Stadt und deren Umgebung und steckten die Güterschuppen, die Bahnhöfe und anderes Eigenthum in Brand. Mehrere Hundert Waggons und eine große Menge Waaren sind ver-brannt. Die Verluste einer einzigen Eisenbahn-Gesell-schaft werden auf 1 200 000 Dollars geschätzt. Die Polizei ist ohnmächtig; die Militärtruppen kommen eilig an. Gestern fanden mehrere Zusammenstöße statt, bei denen sechs Ausständige getödtet wurden. Der Streik dehnt sich auf die Oststaaten aus; man befürchtet, er werde sich schließlich vom Stillen bis zum Atlantischen Ozean erstrecken. Heute werden infolge des Mangels an Kohlen 75 pCt. der Fabriken Chicagos schließen und dann 100 000 Menschen ohne Arbeit sein. Die Frage des allgemeinen Ausstandes wird Sonntag entschieden werden. Alle Arbeitervereine und die „Mitter der Arbeit“ werden sich wahrscheinlich der Bewegung anschließen. In Detroit sind alle Eisenbahnbeamte ausständig. In Epokane zerstörten die Streifenden die Bahnlinie; die Stadt ist sehr erregt.

Ueber Dr. Gerhla's Expedition nach „Freiland“ veröffentlicht die „Wiener Arbeiterzeitung“ einen Artikel, der auf die Erklärung Gerhla's:

„Die Reuter-Depesche über das Scheitern der „Freiland“-Expedition ist un-wahr. Von Dr. Wilhelm sind aus Lamu soeben gute Nachrichten eingetroffen. Der Vortrab von drei Freiländern mit Waaren und Tauschvorräthen ist am 27. Mai thatsächlich über Ripini ins Innere abgegangen; Dr. Wilhelm mit ferneren 12 Freiländern folgt dahin Ende Juni oder Anfang Juli, der Rest im August.“

unter Benützung eines Briefes des an der Expedition be-theiligten Malers Robert Hans Schmitt u. a. antwortet:

1. Die ursprünglichen 20 Teilnehmer sind unter zehn herabgesunken. 2. Für die Reise hat Dr. Gerhla 2000 M. herausgegeben, von welchen 1700 M. auf dem Wege nach Lamu verausgabt wurden. Seitdem hat Dr. Gerhla, wie Schmitt (einer der Teilnehmer der Expedition. Neb. d. „S.“) wörtlich schreibt: „keinen blutigen Heller Geld geschickt“. 3. Dr. Wilhelm, der Führer der Expedition, zweifelt selbst an der Möglichkeit der Gründung Freilands, was wir ihm unter solchen trost- und geldlosen Umständen sehr gerne glauben wollen. 4. Dr. Wilhelm verläßt Ende Juni d. J. mit Schmitt und drei Engländern die Expedition, um den Kenia zu erreichen.

In dem Artikel heißt es weiter:

Aber dieser Brief schilbert nicht genugsam die ganz traurige Lage der Expedition. Durch andere Privatdepeschen haben wir erfahren, daß ohne die Privatgelder Dr. Wilhelm's die Expedition schon lange in ärgster Noth gewesen wäre und wäre die Auflösung ohne seine Energie schon früher erfolgt. . . .

Die Zeit, wo Dr. Gerhla unsere Mittheilungen und die anderen Nachrichten und Telegramme als „Unwahrheit“ und „Fabel“ charakterisiren konnte, ist vorbei. Jetzt spielt Dr. Gerhla mit Menschenleben, mit dem Leben der armen Freiländer in Lamu, und nun beginnt die Affäre zu einem internationalen Skandal zu werden. . . .

Dr. Wilhelm ist es müde, noch weiter aus seiner Privat-tasche das Geld für die Erhaltung der armeren Mitglieder der Expedition herzugeben und reist nun, wie Herr Schmitt mit-theilt, mit letzterem und drei reichen Engländern (welche aber keine Freiländer sind) ins Innere des Landes, um das Kenia-gebiet zu erforschen. Dort werden sie während des Winters bleiben und im Monat Mai nächsten Jahres gedenken Dr. Wilhelm und Schmitt wieder in Wien zu sein.

Was aber wird das Schicksal der verlassenen Freiländer sein? Bitte um Antwort, Herr Dr. Gerhla.

Unsere Aufgabe wird es sein, uns durch keine, noch so lähnen Dementis Dr. Gerhla's abhalten zu lassen, den Lesern der „Arbeiter-Zeitung“ die Wahrheit über diese Expedition mitzutheilen, damit alle Jene, welche noch geneigt sein sollten, an die Möglichkeit einer solchen Unternehmung zu glauben, eines Besseren belehrt werden.

Unserer Ansicht nach hätten die Freilandenthusiasten nicht ohne ihren Propheten nach jenen seligen Gefilden ziehen sollen, die er ihnen verheißen hat. Wenn in früheren Zeiten jemand ein neues Land entdecken wollte, da ging er selber unter Segel, scheute nicht Wind und Wellen, und hatte, ob er's nun fand oder nicht, verdienten Ruhm wegen der bewiesenen Unerstrockenheit. Jetzt, im bürgerlichen Zeitalter, weiß man sich das Vergnügen, ein „Bahnbrecher der Menschheit“ genannt zu werden, bequemer zu verschaffen. Man sendet sein Gläubigen hinaus in die Wildnis und läßt die eigenen Knochen in Ischl oder einem andern fashionablen Bade. —

Arbeiter, Parteigenossen!

Zum Zwecke der Besprechung des Standes des Boykotts finden Mittwoch in allen Stadttheilen Volksversammlungen statt. Das Nähere finden die Genossen am Dienstag im Inseratentheile des „Vorwärts“ und an den Anschlagtafeln. Wir bitten von der Abhaltung anderer Versammlungen am Mittwoch Abstand zu nehmen.

Parteinachrichten.

Gelder zur Unterstützung der ausgesperrten Böttcher und Brauerei-Arbeiter ersuchen wir, um Verzögerungen zu vermeiden, nicht an das Parteibureau zu adressiren; weder an den Kassirer Gerisch, noch an den Genossen Kuer, der zur Zeit gar nicht in Berlin anwesend ist. Bediene man sich zu dem Zwecke der Adresse der Expedition des „Vorwärts“, womit der Vortheil der sofortigen Kontrolle durch die öffentliche Quittung gegeben ist.

Die für die Parteikasse bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse des Kassirers Albin Gerisch, Raybachstr. 9, I, zu richten.

Zu dem wüsten Geschrei, das die bürgerliche Presse nach Ausnahmegesetzen gegen Anarchisten und Sozialdemokraten erhebt, bemerkt die „Münchener Post“: „Es

Ist echte Reptilienarbeit, dem Volke Heißhunger nach Ausnahmefällen anzudichten, die die „kalteblütige Regierung“ mit „schwerem Herzen“ bewilligen müsse. Doch mag der Reptilienwurm in Erfüllung gehen oder nicht; wir sehen den Nachschaffen der Reaktion mit voller Gelassenheit entgegen. Internationale Ausnahmefälle werden von der Sozialdemokratie ebenso siegreich überwunden werden, wie nationale.

Die „fränkische Tagespost“ schreibt: „Deportation und Zucht haus, verschärft durch Fesseln und Stockschläge, schwebt den herrschenden Klassen als Heilmittel für den Anarchismus der That“ vor Augen. Dadurch werden anarchistische Verbrechen so wenig verhindert, wie bisher die Todesstrafe in Frankreich, die Verbannung nach Sibirien in Rußland die Attentäter zurückschreckte. Schlimmer kann man Menschen nimmer foltern und quälen, als der Zarismus seine Opfer maltärzt, und doch ist der Zar seine Stunde seines Lebens sicher. Eine Behandlung, wie sie die deutschen Presseorgane den Anarchisten zugebracht haben, würden in vielen Tausenden den wildesten Fanatismus entkommen, die „Propaganda der That“ zu einer um so größeren Gefahr heranziehen. Die Attentate der letzten Zeit sind die Ausprägungen einer sozialen Krankheit, wer das nicht begreift, wird nicht die richtigen Mittel zur Heilung finden. Wir haben wiederholt festgestellt, wie wir über Ausnahmefälle überhaupt denken und wir sind bereit, darüber zu reden, denn wir kennen die Wirkungen solcher Gesetze aus eigener Erfahrung. Will die herrschende Klasse dem Anarchismus noch mehr Vorschub leisten als bisher, wir können es nicht hindern. Die Neue wird kommen, aber möglicherweise zu spät.

Die Zustände in Sachsen werden vom „Sächsischen Volksblatt“ richtig dahin gekennzeichnet, daß die Reaktion unter dem Beutischen und dem Rostocker Regiment am Anfang des Sozialistengesetzes kaum spürbar geblieben hat als jetzt. Ausweisungen von Aus- und Inländern erfolgen, Vereine und Versammlungen werden aufgelöst oder unter den sonderbarsten Gründen verboten, die Austragung von Flugblättern zu Wahlzwecken wird gehindert und mit Geld bestraft, Ausdrager von Probe- (Agitations-) Nummern von Arbeiterblätter werden ausgeschrieben und vor Gericht gestellt, Tellerfassungen, wie überhaupt die Sammlung von Geldmitteln zu politischen Zwecken unterliegt, polizeiliche Verbote von Rassenparaden und Vogelfotografien erlassen, die Abführung unschuldiger Arbeiterlieder gebietet. Was nicht codifiziertes Recht ist, wird durch Ministerialerlasse und polizeiliche Verfügungen zum Recht gemacht und deren Befolgung durch Verwaltung und gerichtliches Urteil erzwungen. Kurz, es herrscht ein Zustand, wie er nur im vormärzlichen Polizeistaat möglich war.

Unsere sächsischen Parteigenossen haben sicherlich schwer arbeiten, aber sie sind die Leute dazu, alle Hindernisse durch verdoppelte Thätigkeit weitz zu machen. Das auch die neuesten fremdlichen Maßregeln gegen den Sozialismus nichts vermögen, geben übrigens die Reaktionen Sachsen schon selber zu, indem sie durch den Mund der nationalliberalen und konservativen Vereinigungen schärfere Gesetze fordern.

Von der Agitation. Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Dieblnecht hielt auf der Rückreise von England begriffen, am 4. d. M. in Ebersfeld einen Vortrag über: Die politische Lage und die neueste Gesetzgebung in Deutschland. Die überfüllte Versammlung folgte mit großem Interesse dem etwa zweistündigen Referat Dieblnechts und gab ihr Einverständnis mit dem Redner durch wiederholten großen Beifall kund.

Eine zeitgemäße Warnung erläßt die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, indem sie in ihrer letzten Nummer in großen Lettern schreibt: Arbeiter! Hütet Eure Junge vor Spitzeln und Denunzianten! Dieser Junge kennzeichnet die gegenwärtige Lage untrer Parteigenossen in Sachsen, die in ihrem Guerrillakampf mit der Polizei vor Spitzeln und Denunzianten nie sicher sind. — Aber auch die Genossen allerwärts dürfen obige Mahnung sich stets vor Augen halten.

Aus Wilkau b. Zwickau schreibt uns ein Parteigenosse folgendes: Die Notiz des „Vorwärts“ vom 4. Juli, in welcher die Bestrafung mehrerer Personen wegen Singens sozialistischer Lieder und „höhnischen Anstößens einer Privatgesellschaft“ bedarf insofern einer Berichtigung, als nicht über 20, sondern nur circa 15, welche aber sämtlich gegen die ihnen zugestellten amtshauptmannschaftlichen Strafaufgaben Einspruch erhoben haben. Einen der Betreffenden, welcher die „Privatgesellschaft“ besonders längere Zeit „höhnisch angefaßt“ zu haben scheint, hat übrigens statt 10 M. 20 M. Strafe aufgebracht bekommen, während noch ein Anderer sogar 30 M. Strafe erhalten hat und zwar deshalb, weil er außer den oben bezeichneten Staatsverbrechen in der kritischen Nacht noch ein Flugblatt an Bäume angeklebt haben soll, worin die hiesigen Arbeiter angefordert wurden, die drei hiesigen Säle zu meiden. — Heute nun kommt wieder etwas Neues dazu.

Es hat nämlich die königliche Amtshauptmannschaft Zwickau (Dr. Schnorr von Carolsfeld) mittels Verfügung vom 3. d. M. den hier seit dem Jahr 1888 bestehenden „Allgemeinen Ortsverein“ aufgelöst auf Grund §§ 24 und 25 des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, weil der Verein sich „mit anderen, ebenfalls politischen Vereinen in Verbindung gesetzt“ habe, „obwohl er das Recht der Körperschaft nicht erlangt habe“.

Das In-Verbindung-treten mit anderen politischen Vereinen soll dadurch erfolgt sein, daß der Verein durch eine größere Zahl seiner Mitglieder, also korporativ, an dem am 17. Juni 1894 in Grimnitzschau-Rast-Zahnau unter dem Namen „III. Sängertag der Voigtländischen Sängervereinigung“ stattgefundenen Fest teilgenommen habe.

Mit Bezug auf dieses Fest heißt es in der Begründung der Auflösungsverfügung weiter:

„Dieses Fest war, wie weiter als festgestellt zu erachten ist, unter dem zur Laufung der Behörden gewählten harmlosen Namen gemäß dem Plane seiner Veranstalter und dem Willen der Teilnehmer nichts anderes als eine politische Zusammenkunft, ein Zusammentreffen einer größeren Anzahl politischer, nämlich sozialistischer Vereine, Vereine und Personen zum Zwecke der Bekämpfung der Vereine in diesen Tendenzen durch Anhören einer sozialdemokratischen politischen Rede und Singen sozialistischer Lieder.“

Gegen die Auflösungsverfügung wird selbstverständlich sofort Rekurs an die königliche Amtshauptmannschaft eingelegt werden. Wenige Tage vor der Auflösung mußte der Verein noch zufolge amtshauptmannschaftlicher Aufforderung eine Mitgliederliste binnen 3 Tagen einreichen. Der Verein zählte ca. 400 Mitglieder.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Ein Staatsanwalt in Bayreuth erklärte in einem Prozesse gegen den Redakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“ nach der Angabe dieses Blattes: Ich bitte, nicht zu vergessen, daß der Angeklagte Sozialdemokrat ist und es diesen Redakteuren nicht um sittliche Motive zu thun ist, was ich aus zahlreichen Artikeln der sozialdemokratischen Tagespresse nachweisen könnte, wenn ich wollte. — Wir benutzen gern die Gelegenheit, dem betr. Staatsanwalt das Studium einer Artikelserie zu empfehlen, die von dem waschecht konservativen „Grenzboten“ über die gegenwärtige Praxis der Herren Rechtsbestimmten veröffentlicht wurde. Die Artikel tragen die Ueberschrift „Betrachtungen eines Laien über unsere Rechtspflege“, sind in den letzten Hefen jener Zeitschrift abgedruckt, und was darin über Wunderlichkeiten der Justiz ausgeführt ist, entbehrt uns vollständig der Mühe, auf die Bewertung jenes Staatsanwalts sachlich einzugehen.

In Bochum war in einer Volksversammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Singer gesprochen hatte, vom Vorsitzenden König zu einem Hoch auf die internationale völkervereinende revolutionäre Sozialdemokratie aufgefordert, und dieser deshalb, nach vorgängiger Freisprechung durch das Schöffengericht, von der Bochumer Strafkammer zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er „groben Unfug“ begangen habe. Die „Oberfränkische Volkszeitung“ in Hof besprach das Urteil und fragte, wo denn in dem Hoch der grobe Unfug zu suchen sei. Die Bochumer Strafkammer fühlte sich durch den Artikel beleidigt, stellte gegen den Redakteur Stüden Strafantrag und hatte die Genußnahme, daß ein bayerisches Schwurgericht den Pressfänger zu 3 Tagen Gefängnis, zur Urteils publikation und zu den Kosten verurteilte.

Wegen Majestätsbeleidigung und Religionsvergehen war Fräulein Agnes Wahnig in Berlin im Jahre 1892 vom Landgericht I zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden. Durch mancherlei Umstände verzögerte sich die Erledigung der Sache, so daß das Reichsgericht erst dieser Tage über die Rechtsbeständigkeit des Urteils entscheiden konnte. Es erkannte auf Verwerfung der Revision, die von Fräulein Wahnig eingelegt worden war, und so muß die Arme viele Monate hinter den Iden Gefängnismauern verträuern.

Verbaten wurde eine Bergarbeiter-Versammlung, die in einem Garten in Planitz bei Zwickau tagen sollte mit dem Hinweis, daß erst untersucht werden müsse, ob der Garten zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen sich eigne. Merkwürdig ist, daß dies schon die zweite Versammlung ist, die verboten wurde und noch sind die „Erörterungen“ über die Tauglichkeit des Lokals noch nicht abgeschlossen.

Gewerkschaftliches.

Den Korbmachern der Baare'schen Werkstelle in Oßlebshausen bei Bremen ist ein Lohnabzug von 10 pCt. innerhalb der nächsten 14 Tage angekündigt worden. Falls die angekündigte Lohnreduzierung nicht zurückgenommen wird, ist beabsichtigt in den Streik einzutreten.

Anruf an alle Arbeiter Berlins und Umgegend!

Genossen! Anderen Branchen gegenüber ist die Lage der Barbiergehilfen unzweifelhaft eine der schlechtesten. Die Arbeitszeit beträgt täglich 16 Stunden, Sonnabends bedeutend mehr. Sonntags wird ebenfalls 13—14 Stunden gearbeitet. Ist es bei dieser langen Arbeitszeit wohl noch möglich, einem höheren Ideale nachzugehen, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern?

Der Lohn beträgt durchschnittlich 9 M. und halbe Kost pro Woche. Oftmals reicht derselbe nicht aus, um die Kost nur einigermaßen nachhaft zu gestalten. An eine Zerstreung kann der Barbiergehilfe kaum denken. Aus diesen Gründen schon erklärt sich die geistige und körperliche Verhumpfung der Barbiergehilfen. Seit vier Jahren besteht hier am Orte eine Organisation der Barbiergehilfen; leider ist dieselbe noch zu schwach, um durch eigene Kraft eine Verbesserung unserer Lage herbeizuführen.

Genossen! An Euch richten wir nun die Aufforderung, daß jeder Einzelne sich Wochentags Morgens nach 7 Uhr und Abends vor 9 Uhr, Sonntags ebenfalls Morgens nach 7 Uhr und Nachmittags vor 5 Uhr Rasiren oder Haarschneiden läßt, damit wir frühjahr diese unsere Forderung: Arbeitszeit von Morgens 7 bis Abends 9 Uhr und Sonntags von 7 bis Nachmittags 5 Uhr, durchsetzen können.

Genossen! Wenn Ihr dieser unserer Aufforderung, wodurch Ihr durch Solidarisitätgefühl verpflichtet seid, nachkommt, dann wird uns von unseren Arbeitgebern nicht mehr gesagt werden können, daß gerade Ihr, die Ihr selbst nach Verlängerung der Arbeitszeit strebt, es seid, welche Abends so spät kommen und daher die Unternehmer zwingen, die Geschäfte so lange offen zu halten. Genossen! Zeigt den Unternehmern, unseren Ausbeutern, was Solidarität der Arbeiter ist. Mit solidarischem Gruß die Agitations-Kommission. J. M.: Franz Starosson, Gerichtsstr. 80.

Baubagen- und Handschuhmacher Deutschlands. Bei Papawski in Berlin ist wegen Nichtbewilligung der 9/10-stündigen Arbeitszeit der Streik ausgebrochen. Dasselbst wurde 10 1/2 Stunden gearbeitet, dagegen die anderen Fabriken am hiesigen Orte 9—9 1/2 Stunden. Vor Zutritt wird streng gewarnt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Vom Bürger Schuhmacherstreik. Mit welchen Mitteln die Herren Fabrikanten in Burg gegen ihre streikenden Arbeiter kämpfen, darüber giebt ein Schreiben, welches auf dem kürzlich stattgehabten Verbandstage der Schuh- und Schäftefabrikation zur Verlesung kam, näheren Aufschluß. Es war der Verbandsvorsitzende, Herr Dorndorf, welcher am Erscheinen verhindert war, der an den Verbandstag folgendes Schreiben richtete:

„Pöpelwitz-Breslau, den 16. Juni 1894.
Dem Verband mache ich folgende Mitteilung: Vor einigen Wochen empfing ich ein Rundschreiben der Schuhfabriken in Burg, worin ich unter Darstellung des Sachverhalts ersucht wurde, keinen der in Burg streikenden Schuhmacher, keine Stepperin etc. zu engagieren, eine Liste der Streikenden lag dem Rundschreiben bei.“

Obwohl die betreffenden Firmen dem Verband nicht angehören, habe ich selbstverständlich die sich Meldenden zurückgewiesen, sobald deren Namen auf der Bürger Liste sich befanden.

Die Firma Konrad Tack u. Co. in Burg scheint es aber speziell darauf abgesehen zu haben, sich die fehlenden Arbeitskräfte aus meinem Arbeiterbestand zu ergänzen.

Tack u. Co. amonirciren ständig in den hiesigen Blättern, und an Sonntagen ist — wie mir berichtet wird — Tack selbst hier und nimmt in einem Hotel die Meldungen auf seine Inserate entgegen.

Ich bitte, den Vorfall zur Besprechung zu bringen und beantrage zu beschließen: Der Verein erklärt sich in solchen Fällen nur mit den Firmen solidarisch, welche dem Verband als Mitglieder angehören.“

Das „Schuhmacher-Fachblatt“, dem wir obiges entnehmen, bemerkt hierzu: Hier ist unzweifelhaft die schwarze Liste, der Boykott, gegen die Arbeiter zugegeben. Der Boykott in seiner kräftigsten Form. Was will dagegen ein Schuh- und Bierbrogliot besagen, bei welchem die Kapitalisten zwar große Nachteile erleiden können, aber noch lange nicht wie die boykottierten Arbeiter dem Hunger, Elend und die Verzweiflung in die Arme getrieben werden. Und in diesem Boykott liegt System — denn der Verband erklärt sich in solchen Fällen solidarisch.“

Zum internationalen Textilarbeiter-Kongress in Manchester entsenden die österreichischen Textilarbeiter den Sekretär ihres Verbandes, Karl Czerny. Auf dem Kongress werden besonders folgende Punkte besprochen werden: Zustand der Spinn- und Gewebe-Arbeiter jedes Landes, staatliche Bestimmungen über die Arbeitszeit, Arbeitslöhne und wie deren Erhöhung zu erreichen ist, die besten Methoden zu vereiniger, internationaler Thätigkeit der Textilarbeiter.

Die Folgen des Ausstandes der schottischen Grubenarbeiter beginnen sich fühlbar zu machen. Schon seit mehreren Tagen ist, wie ein Telegramm aus London meldet, eine Anzahl Züge eingestellt worden.

Gerichts-Zeitung.

Ein erschütterndes Nachspiel zu dem so vielbesprochenen Prozeß, der gegen acht Redakteure wegen der Artikel über die Versammlung der Arbeiterlosen angestrengt worden war, bildete eine Anklage wegen

Meineids, die gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Schuhmacher Hermann Adolf Louis Ahlefeldt verhandelt wurde. In dem Prozesse gegen die Redakteure wurde auch der Angeklagte als Zeuge vernommen und vor seiner Vernehmung verurteilt. Nachdem er seine Aussage gemacht hatte, die zu Ungunsten der Schuldeute lautete, fragte ihn der Staatsanwalt: „Sind Sie schon bestraft?“ Der damalige Zeuge erwiderte: „Wegen Beleidigung und Körperverletzung“. Nun fragte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Brausewetter den Zeugen: „Sind Sie wegen Diebstahls bestraft?“ — Zeuge Ahlefeldt: Darüber verweigere ich meine Aussage. — Vors.: „Dann werden wir Sie dazu zwingen. Ich frage Sie unter Ihrem Eide: Sind Sie nicht bestraft wegen Betrugs- und Eigentumsvergehens? Nicht wegen Diebstahls? Nach nicht wegen Unterschlagung und Untreue? Nach nicht wegen Meineids oder Urkundenfälschung?“ Der Zeuge hatte alle diese Fragen verneint. Auf nochmaliges Befragen blieb er dabei, daß er nur die beiden zugegebenen Strafen erlitten habe, dies wolle er auf seinen Eid nehmen. Nun war der als Zeuge vernommene Kriminalkommissar Böffel vorzutreten und verlas von einem Zettel nicht weniger als 15 Vorstrafen, die der Zeuge Ahlefeldt erlitten hatte, darunter zwei wegen schweren Diebstahls. Eine der Strafen lautete auf 3 Jahre Zuchthaus. Ahlefeldt behauptete nun, daß dies Strafregister ihn garnicht betreffe, er sei von 1868 bis 1875 in Amerika gewesen und in diese Zeit falle die angebliche Zuchthausstrafe. Der Staatsanwalt ließ darauf die Akten des Louis Ahlefeldt beschaffen und es wurde festgestellt, daß die Namen und Zahlen genau mit den Personalien des Zeugen stimmten. Auf den Antrag des Staatsanwalts Dr. Benedig beschloß der Gerichtshof die sofortige Verhaftung Ahlefeldts wegen Verdachts des Meineids. Gestern hatte sich dieser vor den Geschworenen zu verantworten. Er war des Meineids geschuldig und höchst kleinlaut. Er sei, erklärte er, zu jenem Prozesse schon zu Morgens neun Uhr geladen gewesen und erst am Abend um 6 Uhr sei er ausgerufen worden. In den neun Stunden, die er gewartet habe, habe er nichts gegessen, dagegen ziemlich viel Schnaps getrunken, sodas er nicht recht Herr seiner Sinne war, als er seine Aussage zu machen hatte. Er wisse sich seiner Vernehmung und der darauf folgenden Vorgänge garnicht mehr zu erinnern und habe sich sehr gewundert, als er am folgenden Morgen im Gefängnisse aufgewacht sei. — Der Vorsitzende erklärte, daß der Angeklagte wohl etwas angetrunken gewesen sein könne, aber von einer starken Trunkenheit könne keine Rede sein, weil dieser Zustand doch aufgesessen wäre. Da der Angeklagte zugab, daß er sämtliche Strafsachen erlitten, so beschränkte sich das Plaidoyer des Staatsanwalts auf wenige Worte, die Verurteilung der Geschworenen dauerte wenige Minuten. Ihr Spruch lautete auf schuldig, worauf der Staatsanwalt drei Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen beantragte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Auerbach II, suchte eine Herabsetzung der Strafe zu erzielen mit dem Hinweise, daß der Angeklagte sich aus Scham, sein Strafregister eingesehen zu müssen, zu dem Meineide habe verleiten lassen.

Das Urteil lautete auf anderthalb Jahre Zuchthaus, fünfjährigen Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge vernommen zu werden. Die ganze Verhandlung, der der Ober-Staatsanwalt Drecher beizwohnte, währte kaum eine halbe Stunde.

Nach unserer Empfindung zeigt dieser Prozeß in erschütternder Weise, wie unbedingt nötig es ist, daß Zeugen vor der Gefahr, durch schamhafte Verschweigung früherer Verurteilungen sich des Meineids schuldig zu machen und auf lange Zeit ins Zuchthaus zu wandern, die künftig mehr als jezt behält werden. Die Vorstrafen lassen sich auch noch in anderer Weise ermitteln, als durch Befragung des Zeugen in vollster Öffentlichkeit, und wenn die Richter so verfahren würden, und unseres Wissens liegt es in ihrer Macht, so würden viele Menschen vor namenlosem Unglück bewahrt werden. Darauf könnten die Richter als Menschen stolzer sein, als wenn sie in öffentlicher Verhandlung die Zeugen zwingen, sich zu Handlungen zu belassen, die jeder, und wäre es ein Charakter erster Größe, gern verschweigt.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Köln, 7. Juli. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Pest gemeldet: Die Petersburger Polizei hat die Pester Polizei benachrichtigt, daß in Pest ein russischer Nihilist Namens Konstantin Gronkowski sich aufhalte. Es seien in Rußland etwa 200 Nihilisten wegen einer Verschönerung gegen das Leben des Zaren verhaftet worden, bei denen sich vielfach Briefe Gronkowski's vorgefunden hätten. — Gronkowski war in Pest Zuhörer der thierärztlichen Akademie. Er ist bereits wegen revolutionärer Propaganda aus Frankreich und der Schweiz ausgewiesen. Derselbe wird nunmehr auch aus Ungarn ausgewiesen werden; er wird seinem Bunsche gemäß an die italienische Grenze gebracht und dort freigelassen.

Troppau, 7. Juli. Amtlich wird über die Explosion in Karwin folgendes berichtet: Heute Vormittag fand in dem an dem Fördergrube „Carl“ in Karwin anstoßenden Kanzelzimmer eine Explosion schlagender Wetter statt. Die in dem geschlossenen Schachte angesammelten Gase waren durch die Mauern geströmt. Vier Personen erhielten leichte Brandwunden im Gesicht. Die Explosion ist wahrscheinlich durch das Anknüden eines Streichholzes verursacht worden. Der Brand der hölzernen Ausfahrbrücke, welcher bei der Explosion entstanden war, wurde sofort gelöscht. Die Zugänge zu sämtlichen geschlossenen Schächten sind abgesperrt und werden überwacht. Die Arbeiten am Tiefbauschachte sind wegen der auftretenden Kohlenoxydgase unterbrochen.

Wien, 7. Juli. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ aus Karwin sollen in der Kanzel des Johannschachtes Grubengase explodiert sein und dabei drei Aufsichtsbearbeiter schwere Brandwunden erlitten haben. Nach einer anderen Version wären in den Kanzelräumen des Karlshachtes Grubengase durch Selbstentzündung explodiert und drei Aufsichtsbearbeiter leicht verletzt worden. Nähere Meldungen fehlen.

Rom, 7. Juli. Deputiertenkammer. Der Minister des Auswärtigen, Baron Blanc, legte in der heutigen Sitzung ein Grundschrift vor, betreffend die Verhandlungen über die Einwanderung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Gesetzentwurf über den Mißbrauch von Explosivstoffen wurde in dritter Lesung angenommen. Darauf wurde in die Verhandlung der Regierungsvorlage, betreffend Aufreizung zu Verbrechen und Verherrlichung derselben durch die Presse, eingetreten.

London, 7. Juli. Gladstone hat unter dem Datum des 28. Juni einen Abschiedsbrief an seine Wähler in Riblothian gerichtet, worin er ihnen seine Absicht anzeigt, nach dem Schluß des gegenwärtigen Parlaments nicht mehr als Kandidat auszutreten.

San Francisco, 7. Juli. In Californien herrscht offener Aufruhr. Wenn Jehndel der Beweiserung halten zu den Streikenden. Fast Jedermann, die Miliz in Sacramento einbezogen, trägt das weiße Band, das Abzeichen der Ausständigen. Die Miliz will nicht gegen die letzteren vorgehen; in San Francisco wurden unter dem Beifall der Bevölkerung Bekanntmachungen verlesen, welche lauten: „die und die Kompagnie weigert sich zu marschieren“. Die Ausständigen in Sacramento bewaffnen sich und exerzieren; sie erhalten Patronen von den Milizen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 156.

Samstag, den 8. Juli 1894.

11. Jahrg.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Einigungsversuche vor dem Gewerbegericht sind an dem Widerstande des Bier-Ringes gescheitert. Den Herren ist es noch zu früh zu Verhandlungen; der Kampf muß daher weiter geführt werden. Die Ehre der Arbeiterschaft Berlins verlangt gebieterisch ein energisches Eintreten jedes Arbeiters für die gemeinsame Sache.

Wenn Ihr Arbeiter Eure Pflicht thut, kann der Bier-Ring nicht siegen.

Verdoppelt also Eure Aufmerksamkeit! In keiner Werkstätte, in keinem Hause, bei keinem Ausfluge, nirgend darf ein Tropfen Boykott-Bier getrunken werden! Das ist Eure Pflicht, dann ist der Sieg bald unser!

Soch die Solidarität der Arbeiter!

Die Boykott-Kommission.

Boykottiert sind:

1. Schultheiß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und Tivoli).
2. Brauerei F. Gappoldt.
3. Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. Brauerei Karl Gregory, Berlin (Ablor-Brauerei).
5. Vereins-Brauerei Nigdorf.
6. Spandauer Berg-Brauerei, vorm. C. Beckmann, Westend bei Charlottenburg.
7. Aktien-Gesellschaft Schloß-Brauerei Schöneberg.

Aus dem Brauering während des Boykotts sind ausgetreten und die Arbeiter-Forderungen haben anerkannt: Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.

Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin. Radeberger Exportbrauerei (Brauerei Pichelsdorf).

Dem Brauering gehören nicht an und die Arbeiter-Forderungen sind durchgeführt bei:

Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin-Südende. Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.

Dem Brauering gehören nicht an, Neußerungen über die Durchführung der Arbeiterforderungen liegen aber nicht vor von:

Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen. Kaiser-Brauerei, Dummer und Raht, Charlottenburg. Nordstern-Brauerei, Berlin. Lerch u. Plettenberg, Werder a. H.

Durch Vermittelung der Bierkommission oder auf deren Anregung führen nachstehend verzeichnete Brauereien auswärts Bier nach hier ein:

Brauerei in Wusterhausen. Exportbrauerei Rathenow. Bürgerliches Brauhaus, Dresden. Schloßbrauerei, Fürstentwalde. Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O. Bürgerliches Brauhaus (in Firma Quintern), Ludenwalde. Brauerei Maß, Rottbus.

Lokales.

Die Sprechstunde von 12-1 Uhr fällt vom 7. bis 11. Juli aus.

Der Bierboykott wird mit vermehrter Energie fortgeführt, so tönt's von Mund zu Mund in jeder Werkstätte und an jedem Arbeitsplatze. Die Bierproben sind noch nicht mürbe, es ist ihnen noch zu früh für die Beendigung des Bierkrieges. Die Herren von der Malzbarre wollen den Krieg weiter führen, nun, den Arbeitern kann's recht sein. Heute am Sonntag bietet sich die beste Gelegenheit, die Solidarität der Arbeiterschaft machtvoll zu beweisen. Wenn es sich jeder Arbeiter zur strengsten Pflicht macht, keinen Tropfen Boykottbier zu trinken und die Lokale und Gärten, in und außerhalb Berlins, in denen Boykottbier verzapft wird, zu meiden, dann werden die Ringbrüder fühlen, was es bedeutet, die Berliner Arbeiter in so brutaler Weise, wie es geschehen ist, zu provozieren.

Arbeiter! Parteigenossen! Denkt an die Hunderte von Gemapregelten, denkt an die Arbeitslosen, durch den Hochmuth des Bierkriegs ausgeperrten Brüder, denkt an die Doppeldeutigkeit der Brauerei-Arbeiter und handelt, wie es Klassenbewußten Kämpfern für die Rechte der Arbeiter zukommt, meidet die Lokale, in denen Boykottbier ausgehäuft wird, und trinkt kein Boykottbier.

Der Boykott muß und wird verschärft werden. Die Maßregeln hierzu sind eingeleitet. Aber zunächst gilt es für den heutigen Sonntag unverbrüchlich daran festzuhalten, daß kein Boykottbier konsumiert, kein Lokal, was seinen Gästen Boykottbier vorsetzt, aufgesucht wird.

Wird diese Maßregel energisch durchgeführt, dann wird sich zeigen, daß die Einigkeit und Entschlossenheit der Arbeiter Berlins den Uebermuth des Brauerings zu überwinden vermag.

Vorwärts also! Gebt überall die Parole aus:

Niemand darf Boykottbier trinken, und die Lokale, in denen Boykottbier geführt wird, dürfen nicht besucht werden!

In der „Freisinnigen Zeitung“ machen sich die Hundstagen geltend. Herr Eugen Richter — besser könnte es kein bezahlter Anwalt des Brauerings machen — ist furchtbar enttäuscht darüber, daß der Magistrats-Assessor von Schulz es gewagt hat, einen Vermittelungsversuch bezüglich des Bierboykotts zu machen.

„Im gegebenen Falle“ — so donnert Eugenius — „hat Herr von Schulz durch seine Einmischung nur der Sozialdemokratie infolten einen Dienst geleistet, als dieselbe aus der Einmischung eines Gewerberichters den Schein herguleiten vermag, als ob ihrem Auftreten irgend welche Berechtigung zuerkannt werden könnte.“ Und vorher klagt der Schußengel sämtlicher Braupfanzen:

„Uns erscheint das ganze Vorgehen des Ma-

gistrats-Assessors von Schulz in diesem Falle durchaus unverständlich.“

Das glauben wir gern. Was für gewisse Bierführer die rothe Farbe, das ist für den Chef der freisinnigen Volkspartei eine sozialpolitische Einrichtung, welche es den Arbeitern ermöglicht, ihre Rechte zu vertreten. Jeder halbwegs anständige und vernünftige Mensch empfindet Genugthuung darüber, wenn die im öffentlichen Dienst stehenden Beamten unparteiisch genug sind, um bei sozialen Streitigkeiten zu vermitteln. Die „Freisinnige Zeitung“ fühlt sich schon durch den ersten Versuch hierzu bitter gekränkt, weil „das Ansehen der Brauereibesitzer“ hierunter leiden könnte. Die Stellung, welche Herr Richter den Funktionären des Gewerbegerichts gegenüber einnimmt, bildet übrigens eine köstliche Illustration zu dem Verhalten einiger Freisinnspolitiker, ihr Programm durch soziale Forderungen auszubauen. Wir gratulieren den freisinnigen Arbeitern zu dem Sozialismus von Richter's Gnaden, der die bedingungslose Unterwerfung unter die brutalsten Maßregeln der Unternehmer als Pflicht der Arbeiter ansieht und der zu Ehren des kapitalistischen Unternehmertums die Rechte der Arbeiter mit Füßen tritt. Im Lager der Bierfabrikanten aber wird lauter Jubel herrschen über die treue Bundesgenossenschaft der „Freisinnigen Zeitung“ und der Lohn wird nicht ausbleiben. Wie wir hören, geht man mit der Absicht um, Herrn Richter zum Ehrenmitglied des Brauervereins zu ernennen und ihm eine goldene Medaille zu stiften.

Das Volkshüterorgan „Die Post“ kann es auch nicht vermeiden, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts den Versuch gemacht hat, in bezug auf den Boykott eine Verständigung herbeizuführen. Wir konstatieren gern die völlige Uebereinstimmung der „Post“ mit der „Freisinnigen Zeitung“ in dieser Frage und hoffen nur, daß der löbliche Magistrats-Assessor nicht gar zu schwer unter der Verurteilung der Herren Eugen Richter und von Stamm leidet. Vielleicht läßt der fortschrittliche Verein vor dem Potsdamer Thor seine Anträge auf Ausnahme sozialer Forderungen in das freisinnige Programm mit den Bildern der beiden genannten Vorkämpfer schmücken. Nach den letzten Leistungen verdient das edle Brüderpaar Stumm-Richter einen so hervorragenden Platz.

Vom Dalles der Saalverweigerer. Eine neue Absage ist dem Primus der Saalverweigerer, Herrn Jacoby zu Theil geworden. Wir sind in der Lage, folgende an diesen Herrn gerichtete Zuschrift zu veröffentlichen:

Hinichtlich der mir von der Kommission gewordenen abschlägigen Antwort meines Gesuches, theile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich hiermit meine gegebene Unterschrift in betreff der Saalperce zurückziehe und mich dadurch jeder Verbindlichkeit Ihnen gegenüber entziehen betrachte.

H. Paffer, „Zum Roland“, Casselstr. 26.

Gleichzeitig theilt uns Herr Paffer mit, daß er fortan seinen Saal wieder zu allen Versammlungen freigeben will. Die Sozialkommission wird das weitere veranlassen.

Auf dem Haupte des Bierkönigs Köfide brennen die von uns veröffentlichten Unfallzahlen aus den 18 Berliner Großbrauereien wie feurige Kohlen, und die von der Biermajestät abgelegenen Worte, die wir als Quintessenz seiner Aufschäufelung vom 18. Dezember 1893 bezeichnet, haben wie Tropfen heißen Oeles das ungekrönte Haupt des kleinen Mannes mit dem großen Selbst in hell lodernde Flammen gesetzt. Jupiterblitze sprächen aus seinen Augen, und gleich einem Donnerkeil stieg aus den Händen des Popiens- und Malz-Olympiers die mit mildliberalen Entensiedern geschmückte, bandwurmlange „Berichtigung“ auf die bürgerlichen Redaktionsmittagsblätter. Die zeitungsgrigen Sensationsjäger fühlen sich aber arg enttäuscht, sie fürchten sich vor der Länge des Bandwurms und bringen nur einige Glieder, da eine gänzliche Ignorierung einer groben Biermajestätsbeleidigung gleichkommen würde. Am schlauen hat es, wie bereits gesagt, Heid Eugenius gemacht, der die „Berichtigung“ schon in Erinnerung an das schöne Honorar, welches er von der Chefredaktion des „Schultheiß-Blattes“ für seine unsterblichen „Zukunftsbilder“ erhalten, nicht gut ignorieren konnte und deshalb einen Theil davon unter die Vorgänge in — Frankreich gesteckt hat.

Um den peinlichen Eindruck der Unfallstatistik möglichst abzuschwächen, hat der Vorsitzende der Deutschen Berufsvereinigungen, Herr Direktor Köfide, den Sektions-Chef der Brauerei- und Mälzerei-Berufsvereinigungen, Herrn Direktor Schindler, um Hilfe gebeten, aber im Wesentlichen nur eine Bestätigung der Richtigkeit unserer statistischen Angaben empfangen. Das ergibt sich aus den nachstehenden Tabellen und am deutlichsten aus der einfachen Nebeneinanderstellung der verschiedenen Behauptungen.

Wir halten abschließend in unserer Tabelle die folgenden vier Brauereien durch fetten Druck hervorgehoben, weil sie sowohl durch die hohe absolute Zahl, als auch durch ihre hohe Prozentzahl an Verunglückungen vor allen übrigen hervortreten:

1. Schultheiß II (Tivoli) (114) — 31,23 pCt.
2. Schultheiß I (Schloß, Allee) (89) — 24,18 "
3. Böhmisches Brauhaus (88) — 35,44 "
4. Friedrichshain (45) — 32,14 "

Herr Direktor Köfide behauptet nun, daß die Unfall-Anmeldungen bei der hiesigen Sektion einen Vergleich zwischen den verschiedenen Brauereien überhaupt nicht zulassen, weil das Unfall-Verdewesen in den verschiedenen Brauereien verschieden gehandhabt wird.

Herrn Direktor Schindler's Brief beweist aber gerade, daß unter anderen wenigstens das Böhmisches Brauhaus und die Brauerei Friedrichshain ganz genau das selbe Unfallmelde-Verfahren üben, wie die Schultheiß-Brauerei.

Herr Köfide muß uns deshalb gestatten, diese vier Brauereien zu vergleichen, und zugleich anzuerkennen, daß sowohl die absolute Zahl (abzüglich der beiden Doppelmeldungen), als auch die Prozentzahl durchaus richtig sind.

Seine weitere Behauptung, daß von den verbleibenden 201 Fällen 80 überhaupt keine beim, eine Erwerbsunfähigkeit von nicht mehr als drei Tagen zur Folge hatten, stellt Herr Köfide selbst in eine eigenthümliche Beleuchtung, wenn er kurz vorher wörtlich sagt, daß die Anmeldung eines jeden Unfalls, auch wenn er im Augenblick gar keine Erwerbsunfähigkeit

zur Folge hat, für die Arbeiter von großem Werthe ist, weil niemand im Voraus wissen kann, welche Nachteile dem Verletzten event. nach Jahren daraus erwachsen und weil die nicht erfolgte Anmeldung ihnen den Beweis für den ursächlichen Zusammenhang der späteren Erwerbsunfähigkeit mit dem feinerzeit gebalhten Unfall sehr erschweren oder ganz unmöglich machen kann.“ —

Herr Köfide mag vieles wissen, aber bei wie vielen von diesen 80 Arbeitern vielleicht nach Jahren ihre spätere Erwerbsunfähigkeit in ursächlichen Zusammenhang mit ihrer früheren Verletzung zu bringen sein wird, das kann selbst Herr Köfide nicht wissen.

Zur näheren Information geben wir ihm hier das Verhältniß der Mitgliederzahl der Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu den Betriebsunfällen vom 1. April bis 31. Dezember 1893:

Es litt an	von allen Mitgliedern	von je 100 Mitgliedern
Verletzung an Kopf und Gesicht	84	0,85
„ der Arme und Hände	262	6,55
„ der Beine und Füße	201	5,03
„ des Körpers	68	1,70
Brandwunden	29	0,73
Vergiftungen	1	0,11
Betriebsunfälle überhaupt	598	14,95

Wie häufig gerade ungeübte Böttcher und Brauerei-Arbeiter verunglücken, die längere Zeit außer Arbeit gestanden, beweist die folgende Liste, die fast nur wenig geübte Arbeiter aufführt, welche kurz nach der Maßregelung der besten und geschicktesten Arbeiter deren Arbeit übernommen haben, dabei aber sofort verunglückt sind und nun der Ortskrankenkasse, in die sie ein paar Tage vorher als Mitglieder eingetreten, zur Last fallen, d. h. sich von den Gemapregelten, deren Lohn sie erhalten, ernähren und pflegen lassen:

Brauerei.	Stand.	Datum des Unfalls.	Art des Unfalls
1 Habel	Brauer	9. 6. 94	beim Pichen verbrannt
2 Friedrichshain	Böttcher	16. 6. 94	Mißleistung
3 Roabit	„	11. 6. 94	Rippenbruch
4 „	„	19. 6. 94	Quetschung d. l. Fußes
5 „	„	21. 6. 94	Dammer gegen d. Fuß gepflügt
6 Friedrichshain	„	19. 6. 94	Fuß- und Unterschenkelverletzung
7 Union	„	21. 5. 94	Beim Pichen verbrannt
8 Böhlow	Arbeiter	25. 5. 94	Kniequetschung
9 „	„	28. 5. 94	Beim Pichen verbrannt
10 Friedrichshöhe	Böttcher	23. 6. 94	Schwer verletzt in der Unfallstatistik II
11 Union	„	18. 5. 94	Eingel. im Krankenhaus
12 Schultheiß	„	18. 5. 94	Urban
			Schwere Handverletzung

Herr Köfide hebt ferner in seiner „Berichtigung“ uns gegenüber die Versicherung der Sektion hervor, daß die Revisionen seiner Betriebe „in keinem Falle zu Ausschungen geführt haben. Die stattgehabten Unfall-Untersuchungen haben gleichfalls keinen Anhalt dafür verschafft, daß das Fehlen irgend einer Schutzvorrichtung oder der mangelhafte Zustand einer solchen die Veranlassung zu irgend einem der stattgehabten Unfälle gewesen wäre.“

Was soll diese Versicherung? Wir sollten meinen, eine Versicherung seitens des prinzipiellen Gegners ist wohl eine ungleich werthvollere! Wir lieben Herrn Köfide ja selber sagen: „Sollten aber Leute zu behaupten wagen, daß ich nicht alles, was in meinen Kräften steht, — selbstverständlich unter Berücksichtigung der Rentabilität meines kolossalen Unternehmens! — daran setze, um allen polizeilichen und gesetzlichen Vorschriften nachzukommen, so erkläre ich diese Leute für Lügner und Besenleiber und bringe sie vor Benedix und Brausemeyer!“

Begreift Herr Köfide nicht, daß wir dieses ganze herrschende Revisionssystem verwerfen, und warum wir es verwerfen? — Es giebt nur ein Mittel, das die Häufigkeit der Unglücksfälle herabmindert, und das hatten wir Herrn Köfide auch angegeben: „Bewilligt Herr Köfide die berechtigten Forderungen der Arbeiter, in erster Linie den Achtstunden-Tag, um sie vor Ueberanstrengung und dadurch doppelt vermehrtem Unfallrisiko bei der ohnehin schon gefährlichen Brauerei-Arbeit zu bewahren — und läßt er bei der Revision seiner Betriebe den Inspektor nicht von dem Braumeister, sondern von einem kundigen, vor jeder Maßregelung geschützten, durch Arbeiter gewählten Arbeiter begleiten, so wird die auf der erschrecklichen Höhe stehende Unfallzahl 200 binnen Jahresfrist sich auf ein Minimum reduzieren.“

Warum geht Herr Köfide auf diesen unseren Vorschlag nicht ein? — Hier Rhodus, hic salta! Statt dessen springt er auf ein ganz anderes Feld hinüber und klammert sich an durchaus ungewissenliche Ungenauigkeiten unsererseits, wie die ihm zuviel angerechneten zwei Unglücksfälle!

Wir könnten ihm dafür die beiden Todten entgegenhalten. Da hätte er wirklich Grund zu einer Berichtigung gehabt, denn unsere Beschreibung von dem Unglücksfall in der Malztrommel war thatsächlich eine Unwahrheit! — Wir schreiben: „Wir erinnern außer an den Unfall durch den Jahrstuhl, der den sofortigen Tod des Verunglückten zur Folge hatte, nur an das gräßliche Ende, welches der Arbeiter Anotek in der 80 Zentner Gerste fassenden Malztrommel fand, in die er während der Drehung hineingeriet und über eine halbe Stunde, die kohlen-saure Stidluft einathmend, eingeschlossen blieb.“

Diese Darstellung ist, wie gesagt, unrichtig, und wir bitten deshalb den Todten um Verzeihung. — Der unglückliche Arbeiter ist nicht in die in Drehung befindliche Malztrommel hineingerathen, sondern von seinem Borgesetzten hineingeschickt, der die Trommel dann hinter ihm geschlossen hat. — Darauf hat man vergessen, die Trommel, wieder zu öffnen und

den Unschuldigen herauszulassen. Als man sich dann nach einer halben Stunde seiner erinnerte, fand man ihn natürlich längst erstickt.

Wir sagen absichtlich „man“, weil wir nicht eine bestimmte Person, nicht einen bestimmten Betrieb, sondern die schlechte Sache, das ganze herrschende System bekämpfen. — Wir müssen aber zur Ehre der Arbeiterschaft hinzufügen, daß die Arbeiter sich geweigert, unter dem betreffenden Vorgesetzten weiter zu arbeiten. — Der Todte wurde schließlich unter die Erde, der Vorgesetzte aber zum Braumeister und nach dem Süden beordert!

Das entschleierte Bild von Salz hat immer eine niederschmetternde Wirkung, aber es ist die Wahrheit! — Zur „Berichtigung“ derselben hat das Wort der Reichstags-Abgeordnete, Herr Kommerzienrath Richard Nische!

Verdienter Lohn ist dem „Berliner Intelligenz-Blatt“ zu Theil geworden durch eine — hoffentlich gut bezahlte — Annonce des Vereins des Brauereiverbands Berlins und Umgegend, in welcher diese ehrenwerthe Gesellschaft diejenigen Brauereien denunziert, die den Arbeitern Bier liefern.

Wir äußerten neulich, daß die Anwaltschaft des Polizeiblattes für den Brauereier eine Art Rüllet erwecke, aber wir gestehen wenig ein, die Bierproben noch ein wenig zu hoch geschätzt zu haben. Gleich und gleich gesellt sich gern. Arm in Arm mit dem „Berliner Intelligenz-Blatt“ schleudert Nische und seine Kumpane die Verurtheilung gegen die Berufsge nossen, welche es wagen, sich gegen die Befehle des Bierkönigs anzulehnen, und es vorziehen, daß in ihren Brauereien unter anständigen Arbeitsbedingungen hergestellte Bier abzusetzen, anstatt als Almosenempfänger bei den ebenso kapitalstrotzigen als hochmüthigen Aktien Direktoren zu antichambrieren. Ein Boykott von den Arbeitern angeführt ist ein Verbrechen. Eine schwarze Liste der unbotmäßigen Brauereien zu versenden, ist eine eitle That. Nicht wahr, Herr Nische? So meinen Sie es doch? Wie wäre es, Herr Nische, wenn Sie den Lieferanten von Gerste, Malz, Hopfen u. verbieten würden, die remittenten Brauereien zu bedienen, damit kein anderes als Ringbier gebraut werden kann. Vielleicht können die Schultheiß-Papenhöfer bei dieser Gelegenheit einige kleinere Brauereien verschlucken und dadurch den Verlust dieses Sommers ausgleichen. Im Uebrigen schönen Dank für die Reklame, welche der Biering für den Boykott macht. Denn schlagender und beweiskräftiger konnte die Nothwendigkeit des Boykotts nicht bewiesen werden, als durch die Ring-Annonce im „Intelligenz-Blatt“, die den kapitalistischen Bierbesitz deutlich brandstreckt und den kleinen und mittleren Brauereien zeigt, was sie von ihren Kollegen, den großkapitalistischen Aktienbrauereien, zu erwarten haben.

Wie von Seiten einzelner Gastwirthe immer wieder versucht wird, das konsumvernde Publikum zu täuschen und boykottirtes Bier unter anderem Namen zu verschütten, zeigt folgender Fall. Schon seit langem stand der Inhaber der Destillation Giesel, jetzt Segel, Wiener- und Grünauerstraße, Gde, in den Verdacht, Schultheißbier zu beziehen und seinen Gästen als Münchener- oder Bismarckbier vorzuführen. Trotz aller Kontrolle wollte es aber nicht gelingen, den Wirth, der auf Ehrenwort versichert, kein boykottirtes Bier zu haben, eines Anderen zu überführen. Am Sonnabend Vormittag 11 Uhr bemerkten zwei Genossen, die dem genannten Lokale schon während der vergangenen Nacht ihre spezielle Aufmerksamkeit gewidmet hatten, wie der Wagen der Schultheiß-Brauerei vorfuhr. Der Wagen mußte aber, da der Wirth Lunte gemerkt, ohne etwas abzuladen, abziehen. Kurz nachdem fuhr der Wagen Nr. 6 der Spiritfirma Radtke, Altpalaisstraße, vor. Der Kutscher versuchte vier auf seinem Wagen liegende halbe Tonnen Bier aus der Schultheiß-Brauerei abzuladen. Offenbar hatte er dieselben von dem Bierfahrer zu diesem Zwecke übernommen. Das war den Genossen denn doch etwas stark. Als sie herzutraten und den Kutscher zur Rede stellen wollten, zog er dieser vor, noch eine halbe Tonne auf dem Wagen zu behalten und davonzujagen. Ebenso verschwanden der Gastwirth Giesel und sein Nachfolger Segel schweigend durch ein Hinterthürchen, als die Genossen in das Lokal traten, um das Plakat der Boykottkommission zurückzuverlangen. Die Herren besaßen nicht einmal den Muth, ihre Handlungsweise zu vertreten.

Daß der Bierboykott seinen Dichter gefunden, war schon auf dem sozialdemokratischen Arbeiterfest in Friedrichshagen den Parteigenossen bekannt geworden, die den lustigen Nische-Veduten Scavola's zu lausenden Gelegenheiten hatten. Daß damals nur im leichtgeschürzten Liebes erklingen, liegt jetzt im ernstgeschalteten Epos vor. „Die Bierproben“ nennt sich ein Dichtwerk, das im Verlage von Hans Baake „zum Bierboykott 1894“ erschienen ist und im würdevollen Titelbogen Verweis auf die Enttöschung und den weiteren Verlauf des Kampfes schildert. Sind die Reime im Poem auch manchmal ein wenig gewaltsam, so sieht darüber ein jeder hinweg, der da weiß, mit welcher einer nüchtern-profanischen Natur es der Dichter im Bierkönig Nische zu thun hatte. Ihre Wirkung werden die Verse keineswegs verfehlen und gar mancher Proletarier mag dem Erbauungsbüchlein nach Feierabend ein anerkennendes Schmunzeln schenken. Eine große Fierde des kleinen Werkes bilden die Illustrationen, die sämtlich geradezu meisterhaft gelungen sind. Zur Verbreitung der „Bierproben“ dürfte außer dem billigen Preise von 10 Pf. noch wesentlich der Umstand beitragen, daß der Ueberschuß den angepörrten Brauereiarbeitern überwiesen werden soll.

Zur Nichtigstellung. In Rixdorf schänken Oppermann Hermannstr. 21, und Knobbe, Kirchhofstr. 4, kein Vereinsbier sondern von der Zwölfer-Kommission geliefertes Bier. Der Gastwirth Bourset in Pantow, Schönholzerstraße, Ecke der Spandauerstraße, führt kein boykottirtes oder Ringbier.

Achtung! Parteigenossen Moabits! Laut Beschluß der letzten Parteiversammlung machen wir die Genossen nochmals darauf aufmerksam, daß vom 1. Juli ab die Parteiblätter wie überhaupt alle sozialdemokratischen Schriften durch die Partei verbreitet werden. Wir ersuchen die Genossen, uns in diesem Unternehmen zu unterstützen, denn einzeln sind wir nichts, vereint sind wir alles.

Abonnements nehmen entgegen: Johann Pfarr, Wilmersdorferstraße 49, P. 2 Tr. Georg Schmitz, Havelbergstr. 87, 3 Tr. Otto Hempel, Stephanstr. 8. Die Vertrauenspersonen des 6. Wahlkreises.

Den Parteigenossen sei im Anschluß hieran noch mitgetheilt, daß den Genossen Pape, Schröder und Henner die Revision des Expediteurs obliegt.

Die Expedition des „Vorwärts“ und der Parteiliteratur ist dem Genossen Hempel, Stephanstr. 8, übertragen.

Zur Lokalfrage. Herr A. Meyer, der Wirth von Seelighof, Wilhelmshöhe hat sich durch seine Unterschrift bereit erklärt, sein Lokal zu sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Versammlungen und Versammlungen herzugeben.

Zu erreichen ist das Lokal Kurfürstendamm in der Kurfürstendammstraße. Zu Versammlungen sei ist dagegen der Paradenplatz in der Fildischstraße.

Einen sympathischen Entschluß haben Schuldeputation und Magistrat von Charlottenburg gefaßt. Die „Vossische Zeitung“ berichtet darüber: Die Dissidentengemeinde in Charlottenburg hat ein Fräulein Ida Altmann verpflichtet, den Kindern der Gemeindeglieder sogenannten kultur-historischen Unterricht, d. h. Unterweisung in der Moral ohne Zugrundelegung eines bestimmten Glaubensbekenntnisses zu erteilen. Fräulein Altmann hatte denselben Unterricht früher in Berlin bei der Freireligiösen Gemeinde erteilt, war aber dann durch das Provinzial-Schulkollegium daran gehindert worden, weil dieses in der

Ertheilung eines derartigen Unterrichts das Fehlen einer Privatschule erblicken zu können glaubte und sich deshalb für befugt hielt, dem Fräulein Altmann das Unterrichten unter Androhung einer Geldstrafe von 100 M. für jeden einzelnen Fall zu verbieten. Als sich Fräulein Altmann mit ihrem Besuch um Ueberlassung eines Klassenzimmers für den kultur-historischen Unterricht an den Charlottenburger Magistrat wandte, wurde zunächst ihre Qualifikation als Lehrerin geprüft. Es stellte sich heraus, daß Fräulein Altmann voll qualifizirt zur Ertheilung von Unterricht ist und einen Unterrichtserlaubnischein der Stadt Berlin besitzt. Daraufhin erteilte auch die Charlottenburger Schuldeputation dem Fräulein Altmann einen Unterrichtserlaubnischein, und der Magistrat überließ ihr ein Klassenzimmer für einen wöchentlich einstündigen Unterricht in der Handwerkererschule. Inzwischen hatte das Berliner Polizeipräsidentium von dem Sachverhalt Kenntniß erhalten und dem Magistrat in Charlottenburg Abschrift der s. Z. in Berlin mit Fräulein Altmann gepflogenen Korrespondenz mitgetheilt, auch die königliche Regierung in Potsdam nahm in der Sache Stellung und erluchte die Schuldeputation, dem Fräulein Altmann den Unterrichtserlaubnischein zu entziehen und die fernere Benutzung der Schulräume zu verweigern. Beide Anstalten lehnte die Schuldeputation ab. Den Unterrichtserlaubnischein erklärte sie, der „Charl. Z.“ zufolge, dem Fräulein Altmann nicht entziehen zu können, da sie als geprüfte Lehrerin mit allen erforderlichen Zeugnissen versehen, einen Anspruch auf Ertheilung eines solchen Scheines hat. Auf die Erwähnung der Räume hat die Schuldeputation gar keinen Einfluß, da die Handwerkererschule nicht ihrer Verwaltung untersteht. Der Magistrat hat sich dem Standpunkte der Schuldeputation angeschlossen.

Ju alt! Das Schicksal, das unter der hertigen Wirthschaftsordnung mit unsehbarer Sicherheit eines jeden Arbeiters harrt, hat, wie durch eine Lokalkorrespondenz bekannt wird, kürzlich einen früheren Magistratsbeamten zum Selbstmord-Verfuch getrieben. Es handelt sich um den 51 Jahre alten früheren Magistratsbeamten Ernst Törner, Kochstr. 25, der als Waagenführer, Steuerrevisor, Bureaubeamter, Wirthner beschäftigt wurde, dann aber nach 10 jähriger Dienstzeit den Platz Ende 1888 räumen mußte, weil er nicht zivilverfügungsberechtigt ist. Inzwischen war Törner 4 1/2 Jahre als Materialienverwalter bei einer hiesigen ersten Firma, deren Name nicht genannt wird, angestellt, bis er wegen Krankheit vorübergehend arbeitsunfähig wurde, nach seiner Genesung aber die Stelle besetzt fand. Seitdem hat Törner natürlich überall trotz der eifrigsten Bemühungen Abweisungen erfahren, weil er zu alt ist. Es wird ihm viel im bürgerlichen Sinne rühmwerthes nachgesagt; so soll er, wie mancher andere alte Arbeiter, den der Hunger jezt zur Verzweiflung bringt, zwei Feldzüge mitgemacht haben und sogar ein Stüd Orden besitzen. Es verschafft ihm leider auch kein Brot, daß sein Name an der Ehrenliste seiner früheren Kasernen prangt. Ob Törner eingesehen hat, daß ihm aller militärische Schein und alle Beamtenpflichten auch nicht zu einer einzigen Mittagszuflucht verhelfen kann? Ob ihm klar geworden ist, daß bei der heutigen herrlichen Ordnung der Dinge, unter der der Arbeiter bei allem Fleiß schließlich doch verhungert, der Platz eines jeden braven, ehrenhaften Mannes einzig in der Sozialdemokratie ist? Ob dem früheren Beamten klar ist, daß einzig die Sozialdemokratie den feilen Willen hat, der „göttlichen Weltordnung“ von heute ein radikales Ende zu machen und einen Zustand herbeizuführen, unter dem der zu alt gewordene Arbeiter nicht gleich der ausgepreßten Zitrone beiseite geworfen wird? Wir wissen nicht, ob Törner die einzig nützliche Lehre aus seiner bitteren Erfahrung gezogen hat, aber das Eine ist offenkundig, daß zum Glück wenigstens unter den gebildeteren Beamten gar mancher ist, der mit der ganzen Gluth immeriger Ueberzeugung der völkerverfeindenden Sozialdemokratie angehört. Auch dort hat es längst gebämmert!

Jugendsleistung. Eine Verlehrsührung, die über eine halbe Stunde anhielt, wurde Freitag früh 1/7 Uhr dadurch herbeigeführt, daß ein um diese Zeit vom Schlesischen Bahnhof fälliger Vorortzug bei einer Rangirbewegung zwischen den Stationen Schlesischer Bahnhof und Jannowitz-Brücke bei dem Blockhaus W + M plötzlich entgleiste. Vier zum Glück noch unbefestete Wagen gerieten hierbei aus den Schienen und bohrten sich mit den Rädern bis über die Köpfe in den Sand des Bahndörper ein. Es dauerte nahezu eine halbe Stunde, bis mittels Winden die entgleisten Wagen wieder ins Geleise gebracht werden konnten. Inzwischen versuchte man die fälligen Züge auf ein zweites Reservergeleise zu dirigiren, wodurch aber trotzdem die Züge nur mit halbständiger Verspätung weiter geführt werden konnten. Die Entgleisung schritt durch ein schadhafes Herzstück in einer Weichenstrecke herbeigeführt worden zu sein. Personen sind nicht beschädigt worden.

Die Zammelfliste 2004 für ausgesperrte Brauerei-Arbeiter ist uns als verloren gegangen gemeldet worden. Wir ersuchen dieselbe vorkommenden Falls anzuhalten und bei G. Heise, Nichtenbergstr. 21, abzugeben. Die Kommission der Wörther.

Eine Verzweifelte suchte am Donnerstag Abend gegen 6 Uhr sich und ihr Kind zu tödten. Das Dienstmädchen Gertha Haase, das zulezt in der Melanchthonstraße in Stellung gewesen, war von seinem Bräutigam und dem Vater seines Kindes schufziger Weise verlassen worden und beschloß nun, sich und ihren drei Monate alten Knaben zu tödten. Um die angegebene Zeit sprang das Mädchen mit dem Kinde von der Eisenbahnbrücke in Charlottenburg ins Wasser, wurde aber gleich darauf von dem Dr. phil. M. und dem Studiosus R. gerettet. Feuerwehrlente brachten nun Mutter und Kind nach dem Charlottenburger Krankenhaus, wo die erstere noch nicht vernommen werden konnte. Die Mutter und hinzugerufene Polizeibeamte konnten ihr Mitleid für die Mutter nicht unterdrücken und sammelten für sie. Unsere herrliche Rechtsordnung verlangt, daß die Unschuldigen, die sich und ihr armes Kind aus dem Elend befreien wollten, wegen Mordversuchs in Haft bleibt, wogegen der eigentliche Mörder frei umher läuft.

Selbstmord. In einem hiesigen Gasthof hat sich der Fabrikant Gärtler am Grünen Weg 124 getödtet. Als Beweggrund zum Selbstmord wird der schlechte Gang des Fabrikgeschäfts angegeben.

Witterungsübersicht vom 7. Juli 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Skala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (M. = 40 F.).
Schwinebunde	767	SO	3	heiter	21
Hamburg	765	OSO	5	wolklos	21
Berlin	767	SO	3	heiter	22
Bismarckden	764	NO	2	halb bedekt	21
München	767	NO	2	heiter	18
Wien	767	N	1	wolklos	18
Saparanda	770	NNO	2	wolklos	21
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	760	W	4	heiter	18
Aberdeen	757	S	2	halb bedekt	17
Paris	765	W	1	heiter	19

Wetter-Prognose für Sonntag, den 8. Juli 1894. Zunächst sehr warmes und schwüles Wetter mit mäßigen südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher Gewitterregen und Abkühlung. Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Abends wurde auf dem Leipziger Platz ein Kaufmann beim Abfpringen von einem Pferdebahn-Wagen durch einen in entgegengesetzter Richtung fahrenden Pferdebahn-Wagen umgefahren und ihm durch das Trittbrett des letzteren das Schlüsselbein gebrochen. — Am 6. d. M. früh versuchte sich ein obdachloser Handlungsgehilfe im Thiergarten, in der Nähe des Goldschmiedes, zu erhängen. Er wurde noch lebend nach der Charite gebracht. — Ein Lazerrir wurde in seiner Wohnung, in der Wittfoderstraße, und ein Fabrikant, im Grünen Weg wohnhaft, in einem Fremdenzimmer eines hiesigen Hotels erhängt vorgefunden. — Ferner wurde Vormittags in der Nähe der Mödernerbrücke die bereits stark verweste Leiche eines 80 Jahre alten Mannes, anscheinend Arbeiter, aus dem Kanal gezogen. — Im Laufe des Tages fanden drei Feuer statt, darunter eins auf dem Grundstück Wasserthorstr. 24, wo Dachstuhl und Bodenverschlüge brannten.

Gerichts-Beilage.

Der Prozeß gegen den als „anarchistischen Agitator“ bezeichneten Richard Rodrian gelangte gestern wiederum vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung, nachdem ein früherer Termin zwecks eingehender Beweisnahme vertagt worden war. Die Anklage behauptet, daß Rodrian Zehneinnehmer an einem verwegenen Einbruchsdiebstahl gewesen ist, der in der Nacht zum 5. März in der Schering'schen Fabrik begangen wurde. Die Diebe hatten fünf Thüren theils gewaltsam, theils mittels Nachschlüssels geöffnet, mehrere Schränke geplündert und diesen zehn Kilo Goldstaub, vier Silberplatten, ein Kilo Regulmetall und einen Kasten Chlor Silber zum Gesamtwerthe von etwa 1300 M. entnommen. Dem Wächter kamen drei Personen verdächtig vor, die er, mit Gegenständen beladen, in der fraglichen Nacht in der Nähe der Schering'schen Fabrik traf. Als er sie aufsuchte, ihm zur Wache zu folgen, ergriffen alle drei Personen die Flucht. Der Wächter konnte nur eine ergreifen, die beiden anderen entflohen nach verschiedenen Richtungen hin. Der Eine schwand in einem der ersten Häuser der Antonstraße. Der Ergreifene war der noch jugendliche Arbeiter Barleben, auch ein zweiter der Einbrecher wurde bald in der Person des 23jährigen Arbeiters Albert Freyer ermittelt, nur in betref des dritten Mannes, der vom Wächter als der älteste und größte der drei geschildert wurde, waren alle Bemühungen erfolglos. Barleben und Freyer erklärten, daß ihr Komplize ein Mann sei, den sie im Arbeitsnachweise in der Gartenstraße kennen gelernt hätten, der sich Gustav Müller nannte und in Moabit wohnen sollte. Weiter wußten sie von ihm nichts. Es mußte schließlich nur gegen Barleben und Freyer verhandelt werden, der erstere wurde zu 2 1/2 Jahren, Freyer dagegen zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt, weil er bei dem Einbruch einen Revolver bei sich geführt hatte. Im Mai wurde der Verdacht rege, daß der genannte Gustav Müller und der Anarchist Rodrian eine und dieselbe Person sei. Rodrian war der Einbrecher jener folgenschweren Versammlung der Arbeitslosen vom 18. Januar, er selbst ergriffen aber nicht, weil er seine Verhaftung befürchtete. Er hielt sich verborgen, bis es im Mai gelang, seiner habhaft zu werden. Die Anklagebehörde hat viele Umstände zusammengetragen, die für seine Theilnahme an dem Einbruch sprechen. Rodrian ist früher Arbeiter in der Schering'schen Fabrik gewesen. Er soll auf seine beiden viel jüngeren Genossen einen höchst unheilvollen Einfluß ausgeübt haben; er gab ihnen anarchistische Druckschriften und predigte ihnen die anarchistischen Grundsätze. Barleben erlitten wenige Tage vor dem Einbruch bei dem Verwalter des Hauses Antonstr. 3. In seiner Begleitung befand sich ein älterer Mann, den er als seinen Onkel vorstellte. Sie mieteten gemeinschaftlich ein Zimmer, wobei der „Onkel“ sich aber möglichst vorfarg verhielt. Dieser Mann soll Rodrian gewesen sein, der sich des Sprechens enthielt, um eine Wiedererkennung zu verhindern. In ergreiften Termine blieben Barleben und Freyer dabei, daß nicht Rodrian, sondern der erwähnte Gustav Müller der dritte Thäter gewesen sei. Der Angeklagte Rodrian behauptete, daß er zur fraglichen Zeit gar nicht in Berlin, sondern in der Schweiz gewesen sei. In diesem Punkte wurde er durch die Beweisnahme widerlegt, denn die Mutter des Freyer bezeugte unter ihrem Eide, daß Rodrian ihren Sohn im März und April wiederholt aufgesucht habe. Bei der Vernehmung dieser Zeugen kam es zu einer dramatischen Scene, denn in ergreifender Weise schilderte die alte Frau, wie ihr Sohn durch den Einfluß des Rodrian, der ihn mit seinen anarchistischen Grundsätzen vergiftet habe, zu einem durch und durch verdorbenen Menschen gemacht habe, in dem jezt jedes Gefühl für Ehre und Recht erloschen sei. Auch durch die übrige Zeugenvernehmung wurde der Angeklagte Rodrian soweit belastet, daß der Staatsanwalt ihn für hinreichend überführt erachtete und gegen ihn eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren und die übrigen Nebenstrafen beantragte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, hielt das Belastungsmaterial keineswegs für ausreichend, um daransin einen Schuldspruch zu fällen, im Uebrigen habe er das Zutruagen des Gerichts Hofe, daß derselbe den Angeklagten nicht mit anderem Maße messen werde, als seine Mitthäter, bloß weil der Angeklagte Anarchist sei. — Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und fünfjährigen Ehrverlust.

Vermischtes.

Ein sensationeller Mordprozeß kommt nächstens vor dem Leipziger Schwurgericht zur Verhandlung. Wie „Herold's Telegraphenbureau“ meldet, hat die Staatsanwaltschaft am 6. Juli gegen den Rittergutsbesitzer Cromer in Wäldgen, der seit längerer Zeit in Leipzig in Untersuchungshaft ist, die Anklage wegen Mordes erhoben. Der Rittergutsbesitzer steht unter dem Verdacht, seinen Stiefsohn, der in Koblenz als Bährich diente, ums Leben gebracht zu haben.

Cholera in Rußland. In Petersburg sind am 4. und 5. Juli 41 Personen an der Cholera erkrankt, 9 davon starben. Die Gesamtzahl der Choleraerkrankten betrug am 6. Juli noch 60. In Kronstadt erkrankten am 5. Juli 6 Personen, eine davon starb. Auch im Wolgagebiet tritt die Seuche wieder auf.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Zu der in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Mitteilung ist noch nachzutragen: 4. Berliner Wahlkreis (DK) 500. — (darunter von Emil Böhl, Frankf. Allee 100. —).

Von Al. Krentler. Ihre Wirksamkeit genügt nicht.

von H. Berlin. Wir haben einen Auszug aus denselben in Nr. 155 des „Vorwärts“ veröffentlicht.

Nr. 26. G. Wenn Sie die Phrase hochdeutsch sagen wollen, heißt es: Lassen Sie mich in Ruhe! Die andere Form ist Dialekt.

Nr. 5 Brig. Die Tabakprodukte unterliegen alle der Steuer. Die Besteuerung des Rohtabaks nach dem Gewicht der fermentirten Blätter beträgt per 100 Kilo 45 M. Bei kleinen Pflanzungen gilt die Flächensteuer. Die Nichtanmeldung von Tabakpflanzungen ist strafbar.

G. P. Jörn. Fritz Herbert wurde ausgewiesen, während Stettin 1888 in kleinen Belagerungszustand war.

Briefkasten der Expedition.

Schöndorf, Hyrmont. Inserat kostet 240 M. Bitten um Einbindung des Betrags.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Sonntag, den 8. Juli.
Fellalliance-Theater, Troubadour.
Montag: Ein Madchenball.
Berliner Theater, Gespenster.
Residenz-Theater, Jugend.
Alexanderyplatz-Theater, Gespenster.
National-Theater, Ein Fest auf der Bastille.
Montag: Italien in Berlin.
Apollo-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Saufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstr. 182.
Novität! Novität!
Zum ersten Male:
Ein Fest auf der Bastille.
Schauspiel in 3 Akten von Fr. Feld.
Regie: Max Samst.
Das Igl. Polizeipräsidium hat mir die öffentliche Aufführung des Schauspielers Ein Fest auf der Bastille nur mit der ausdrücklichen Bemerkung gestattet, daß, falls Theaterbesucher sich bei den in dem Stück zahlreich enthaltenen revolutionären Schlagwörtern zu lärmenden Kundgebungen politischer Tendenz sollten hinreißen lassen, die Wiederholung der Aufführung alsbald untersagt werden wird. Ich bitte daher das verehrte Publikum, sich während der Aufführung des Stückes jeder föhrenden Kundgebung zu enthalten, da sonst die weiteren Aufführungen in Frage gestellt sind.
Rassendöffnung 8 Uhr. Auszug 7 1/2 Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.**
Auf der Sommerbühne Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago, gr. Post, sowie Auftreten von Spezialitäten ersten Ranges.
Montag: Italien in Berlin. Große Ausstattungspost.

Castan's Panoptikum.
Hawaiische Königs-Tänzerinnen.
Das schwerste Ehepaar der Welt.

Concordia-Festsäle
C. Saeger,
64. Andreasstraße 64.
Heute, Sonntag, den 8. Juli:
im großen Saale:
Grosser Ball
bei stark besetzten Orchestern.
Anfang 5 1/2 Uhr.
34/1 C. Saeger.

Etablissement „Süd-Ost“
Waldemarstr. 75. (4402)
Empfehltes feines Saal den Vereinen zu Versammlungen, Sonnabende und Sonntage sind noch frei. C. Ulrich.

Biethshaus Schmargendorf
T. Friedrich
Warneviuderstraße 6
empfehltes feines Lokal mit Frühstück, Mittag- und Abendbisch.
Schattiger Garten u. Tanzsaal, auch zu Versammlungen.
Hier aus der Brauerei Reichenkron.

Wiener Würsthal
zum
Sängerfest in Schmargendorf
von F. Löhert
empfehltes hochfeines Wiener, Zauerische und Wokwurst. Erster Eingang links am Festplatz, am Restaurant Sandjoui. 1687b

Restaurant Stutz,
Wollnerstr. 46. 1696b
Allen Genossen bestens empfohlen.
Sattlich Bier aus der Brauerei „Wilhelmshöhe“. Vereinzimmer mit Pianino u. musikalische Unterhaltungen.

Märkischer Hof,
Admiral-Strasse Nr. 18 c.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Entree frei. Tanz frei. Ende 2 Uhr.
Die besten Säle sind noch Sonnabende und Sonntage zu allen Festlichkeiten und Versammlungen zu vergeben.

Den Genossen des ersten und zweiten Wahlkreises zur Nachricht, daß der Genosse
Adolf Dröslor
gestern an der Proletarier-Krankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag Nachmittag von der Wohnung, Gräfenstraße 43, aus statt.
Mehrere Genossen.

Nachruf!
Den Malern und Berufsgeoffen die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Peter Collmar
am 4. Juli an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, vom Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt. Die Kollegen, namentlich die Werkstätten-Bodenstein, werden ersucht, sich zahlreich an diesem letzten Dienste, den wir dem Verstorbenen erweisen, zu beteiligen. Treffpunkt 2 1/2 Uhr Nachm. bei Sparr, Staligerstr. 128, und 8 1/2 Uhr auf dem Kirchhof in Friedrichsfelde. 183/1
G. Vint, Vertrauensmann.

Mittheilung.
Die in Nr. 119 d. Bl. von der Preis-Kommission in Frankfurt a. M. ausgeschriebene
Expedienten-Stelle
wurde mit ihrem bisherigen Inhaber auf's Neue befehrt, was in Anbetracht der für einzelne Verantwortungen zu zahlreich eingelaufenen Offerten, hiermit den Interessenten zur Kenntnis gebracht wird.
Der Vorstand
des sozialdemokr. Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M.

Freie Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Schuhmacher und Berufsgeoffen Berlins.
(E. S. 27.)
Montag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokal, Fischerstr. 25:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljährlicher Kassensbericht.
2. Innere Angelegenheiten.
3. Vorlage des Statutenänderungs-Entwurfs. 1680b
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand.

Allgem. Deutscher Tapezier-Verein.
Montag, den 9. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Freigang, Schützenstr. 18-19:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Quartalsbericht des Vorstandes und des Kassierers. 281/1
N.S. Es ist Pflicht jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Bund der geselligen Arbeitervereine
Berlins und Umgegend. 69, 1
Grosses Familien-Kaffeekochen
am Sonntag, den 15. Juli cr., Nachm. 3 Uhr, bei Bräunig, Rosenthalerstraße 11/12 (3 Minuten vom Bahnhof Börse).
Um 5 Uhr: **Versammlung** im ob. Saal (Parquetboden): Vortrag von Fr. Mohrlach über: „Aberglauben“. Nachdem: Tanz und Vorträge. Ausschank: Weißbier und Gairisch von Reichenkron (ringfrei).
Bei ungünstigem Wetter Kaffeekochen in beiden Sälen.
Noch ausstehende Vereine wollen gefl. vom Stiftungsfest abrechnen.

Schneider und Schneiderinnen!
Montag, den 9. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57:
Versammlung d. Schneider- u. Schneiderinnen-Verbandes und verwandter Berufsgeoffen.
Tages-Ordnung:
1. Die Preisrichter der modernen Arbeiterbewegung. Referent: Kollege Eimm. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zu dem am 22. August d. J. in Erfurt stattfindenden Verbandstag. 218/1
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Bevollmächtigten.

Achtung! Mitglieder der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation.
Dienstag, den 10. Juli 1894, Abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
in „Niest's Salon“, Weberstr. 17.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission der im Februar d. J. gewählten Kommission betreffs Aufnahme weiblicher Personen in die freie Hilfskasse der Wäschefabrikanten. 2. Diskussion. 3. Die Krankenkassen, was sie sind und was sie sein sollen. Referent: Herr Jastrow. 4. Verschiedenes. 287/1
Gleichzeitig ersuchen wir die Delegierten, sowie den Vorstand der Orts-Krankenkasse, in der Versammlung zu erscheinen.
Gäste sehr willkommen.
Im Auftrage der Kommission:
Franz Schulz, Carl Hergt.

Charlottenburg.
„Atheistische Gesellschaft“ (Freie Gemeinde).
Am Dienstag, den 10. Juli, Abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer
in Eriesthan's Salon, Sophie-Charlottenstraße 94.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn E. Vogtherr über: „Jesuiten und Jesuitismus“. 2. Diskussion. 3. Gemeinde-Angelegenheiten.
Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. 1674b
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Kranken- und Sterbe-Kasse der Berliner Hausdiener
(E. H. 61).
Dritte ordentliche
Generalversammlung
am Donnerstag, den 26. Juli, Abends 9 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Mittheilung. 2. Vierteljährlicher Bericht. 3. Verhandlung über ein Schreiben der Invaliden- und Altersversorgung-Anstalt Berlin betreffs Ueberweisung erkrankter Mitglieder an ein zu diesem Zwecke zu errichtendes Sanatorium. 4. Erledigung eingegangener Anträge. 5. Geschäftliches, Auflage und Prognosen. 1678b
Luitungsbuch legitimirt.
Der Vorstand.

Dr. H. Weyl, Arzt,
wohnt jetzt (1586b)
Elsasserstrasse 97, I,
Ecke Rosenthalerstrasse.

Ich habe
Friedrich-Str. 125
(am Oranienburger Thor) M4
eine
Klinik für Harnleiden
eröffnet.
Sprechzeit: wochentäglich 11-1; (auch für Rassenmitglieder der freien Arztwahl).
Unbemittelte unentgeltlich.
Dr. Robert Kutner.

Zahn-Klinik. Preise event. Zehnjährige zahlung. 78/2
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Linienstr. 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntag 8-10 Uhr. 74L*

Unfallfachen, Klagen, Eingaben, Pügger, Steglitzerstr. 63.
Hiermit nehme ich die Beleidigungen zurück, die ich gegen Frau Penze, Börlitzerstr. 68, in der Ueberzeugung ausgesprochen habe, und erkläre dieselbe für eine anhängige Frau.
Carl Heibel, Börlitzerstr. 68.
Großes Vereinszimmer Lützowstr. 82

Ethische Gesellschaft.
Sonntag, 8. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Versammlung.
Vortrag des Herrn Pause (Schüler der Arbeiter-Bildungsschule) über: Kapitalismus und Sozialismus. 118/1
Nachdem: Gemüthliches Beisammensein. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. Der Vorstand.
Mittwoch, 11. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen:
General-Versammlung. D. O.
Beitgliedsbuch legitimirt.

Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufsgeoffen Deutschlands. (Filiale Berlin.)
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 10. Juli, Ab. 8 Uhr, in Köllig's Saal, Neue Friedrichstr. 44.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Referent: Kollege Aug. Jakobson. 2. Diskussion. 3. Wichtige Vereinsangelegenheiten. 246/1
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist nothwendig.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Maler, Lackirer und Anstreicher.
Unser diesjähriges Sommerfest in der Neuen Welt findet nicht am 14. Juli, sondern am Sonnabend, den 8. September statt. — Die ausgegebenen Billets behalten Gültigkeit. 180/2
Das Festkomitee der Filialen Berlins.
Hermann Warnke, Urbanstr. 51.

Achtung! Achtung!
Wagenbauer.
Unser diesjähriges Sommerfest findet am 21. Juli in der Neuen Welt (Hafenhaide) statt. Da wir nicht von unserem Kontrakt entbunden werden, ersuchen wir die Kollegen das Sommerfest zu unterstützen. Ringbier braucht keiner zu trinken. Die Kaffeeküche ist jederzeit während des Vergnügens geöffnet. Auch hat der Oekonom, Herr Lau, sich erbotten, 4/10 Liter Kapselwein vom Fass für 15 Pf. auszuschenken. 289/1
Das Komitee. J. A. G. Niebaum.

Steinarbeiter Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Wilke, Andreasstrasse No. 26:

Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wilke. 2. Stellungnahme zur Statistik. 3. Verschiedenes. — Die Platzvertreter oder Vertrauensleute von sämtlichen Plätzen oder Werkstätten werden ersucht, dies bekannt zu geben und zu erscheinen.
Die Agitationskommission.
J. A.: J. Buchmann, Vertrauensmann der Steinarbeiter Berlins und Umgegend, Willibald-Alertsstraße Nr. 89. 227/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Bezirks-Versammlung für Friedrichsberg
am Montag, den 9. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Heinicke, Friedrichstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Werkstätten-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung werden die Kollegen der Werkstätten von Richter, Scharmoeberstr. 89, besonders eingeladen. Nichtmitglieder haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.
Zur Beachtung für die Kollegen in Rummelsburg: Die Zahlstelle ist von Lärtschmittstr. 40 nach Lärtschmitt- u. Rausstr. 60 bei Schröder verlegt. 141/2

Achtung! Ristenmacher! Achtung!
Sonntag, den 15. Juli 1894:
Große Dampferpartie nach Hankel's Ablage.
Tanz, Kinderbelustigungen u. sonstige Vergügungen gratis.
Abfahrt: Morgens 7 Uhr von der Zannowitz Brücke. Preis: Ein- und Rückfahrt inkl. Tanz 1,25 M. 156/1
Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern, sowie bei Navrot, Markusstr. 23, zu haben. Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen der Herren-Konfektionsbranche
am Montag, den 9. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Zentral-Festsälen“, Oranienstr. 180.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Konfektions-Schneider zu den aufgestellten Forderungen? Referent: Kollege Wisemann. 2. Diskussion. 1692b
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Lohn-Kommission.

Große öffentliche Versammlung der Kistenmacher
am Montag, den 9. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20. 156/2
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Koblenzer über: „Arbeit und Arbeitslohn“. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes. 3. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer. Um recht guten Besuch bitten Der Vertrauensmann.

Maler!
Am Mittwoch, den 11. Juli d. J., findet die Filial-Versammlung wegen der stattfindenden Volksversammlungen nicht statt, sondern erst am Montag, den 16. d., in „Schneider's Festsälen“. Der Vorstand.
J. A.: M. Buschold.

Achtung! Hausdiener, Packer, Kutscher.
Am Dienstag, den 10. Juli, Abends 9 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
General-Versammlung
des Verbandes der Geschäftsdienere, Packer und Berufsgenossen.
Zutritt haben nur Mitglieder, welche ihr Mitgliedsbuch vorweisen und nicht über 10 Wochen im Rückstande mit den Beiträgen sind. 195/1
Pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Sonnabend, den 14. Juli, in den Gesammträumen der Konfordiasäle, Andreasstraße 64:
Grosser Sommernachts-Ball.
Musik von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.
Kein Ringbier!
Billets für Herren 50, Damen 30 Pf., sind im Bureau Neue Grünstraße 10, I., in den Zahlstellen des Verbandes und bei den Mitgliedern zu haben. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Achtung! Filzschuharbeiter. Achtung!
Grosses Sommerfest
am Sonnabend, den 14. Juli 1894, im Elysium, Landsberger Allee 40-41, verbunden mit

Großem Vokal- u. Instrumental-Konzert
ausgeführt von Berufsmusikern unter Mitwirkung des Gesangs. Vineta (Mitgl. des Arb.-Sängerb.) und des Volkshumoristischen Genossen Heise.
Bei eintretender Dunkelheit: Große Fackelpolonaise, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.
Im großen Saale: Ball. — Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 60 Pf. nach. — Den geehrten Damen steht die Kaffeeküche von 2 Uhr ab zur Verfügung. — Ausschank von Weissbier, echtem Münchener und Grätzer Bier. 125/1
Entree 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Anfang 4 Uhr.
Um zahlreiche Beteiligung bittet Das Komitee.

Concordia-Festsäle, Andreasstr. 64 (gr. Saal).
Am Montag, den 9. Juli 1894:
Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert
zu Ehren der Delegierten des Kongresses deutscher Gutmacher, ausgeführt vom Gutmacher-Gesangverein „Einigkeit“ (Mitgl. des A.-S.-B.).
Die Musik wird von Zivil-Berufsmusikern ausgeführt.
Direktion: Herr Grass.
Festrede, gehalten vom Genossen Jul. Türk.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pfennig.
Nach dem Konzert: TANZ.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. 148/1
Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, den 21. Juli 1894:
Grosse Dampfer-Partie
verbunden mit darauf folgendem
Sommernachts-Fest
in dem größten Etablissement der Oberspree
Schlosspark Wilhelminenhof.
Abfahrt der Dampfer von der Jannowitzbrücke von 7 bis 9 Uhr viertelstündlich.

Grosses Konzert
unter gütiger Mitwirkung
des Gesangvereins Kreuzberger Harmonie (M. d. A.-S.-B.)
Um 12 Uhr: **Grosse Fackelpolonaise.**
Großes Feuerwerk.
Von Morgens 3 Uhr ab:
Ungemüthliches Kaffeekochen bei Früh-Konzert.
Von 6 Uhr ab: Rückbeförderung per Dampfer.
Preis: Hin- und Rückfahrt incl. Tanz 60 Pfennig.
Achtung! Der Biletverkauf wird am Montag, den 16. Juli, geschlossen. Billets, welche bis Dienstag, den 17. Juli, nicht zurückgegeben sind, werden als verkauft angesehen. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.
Billets sind zu haben bei Rammeck, Adalbertstr. 87; Micks, Adalbertstr. 9; Nübbasch, Blumenstr. 39; Hinz, Gräferstr. 52; Sommer, Mariannen-Platz 15; Werner, Friedenstr. 68; Otto, Friedenstr. 46; Klotzsch, Koppenstr. 81; Morgenstern, Hufitenstr. 18; Ahrens, Kottbuserstr. 6a, 4 Tr.; Köster, Brunenwaldstr. 115; in Moabit bei Gerbsch, Wittstockerstr. 27; im Arbeitsnachweis, Annenstr. 39, und in sämtlichen Zahlstellen des Verbandes.

Sonntag, den 15. Juli 1894:
Dampfer-Partie
nach „Restaurant Zeuthen-See“ (Hantel's Ablage).
Inhaber: Ernst Künzel.
Veranstaltet vom Gesangverein **Vorwärts I 50.**
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.)
Ausschank von Wusterhausener Versand-Bier und Weissbier.
Kein Boykott-Bier.
Billets sind bei Ebel, Gödlicherstr. 89 (Restaurant), zu haben.
Der Vorstand.

Zum Sängerefest in Schmargendorf.
Restaurant „Sanssouci“
von **W. Weiss**
empfiehlt seine Lokalitäten zu Versammlungen; Tanzsaal, Garten, Regal-
bahn. Für gute Speisen ist bestens geforgt. Die Kaffeeküche ist dem
geehrten Publikum den ganzen Tag geöffnet. Bier: Reichenkron.
Es ladet freundlichst ein [1896b] **W. Weiss.**

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Leinen- und
Elsasser Baumwollwaaren.
Bettzeuge, Tischzeuge, Handtücher etc.
Grosses Lager
von Herren-, Damen- und Kinderwäsche.
Saubere Arbeit, billige Preise. 118L.
Gardinen-Reste
f. 1.2 od. mehr Fenster pass., äusserst wohlfeil.
Neu in Tischdecken, Bettdecken,
Sophaecken etc.
BERLIN N. CHAUSSEESTR. 14.

Künstl. Zähne schmerzlos eingeseht, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger
Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 18.**
Meinen Freunden und Genossen zur
gefl. Kenntnis, daß ich
Neue Friedrichstraße 88
ein **Cigarren- u. Tabak-Geheim**
eröffnet habe und bitte um gütigen
Zuspruch. Hochachtungsvoll
1669b **C. Klinge.**

Blousen
in
anerkannt schönsten Mustern
und modernsten Facons
Stück 1,50, 2,00, 2,50-10 Mark.
Hermann Böhm,
Müllerstraße Nr. 175.
am Weddingplatz, Ecke Feinstr.

Roh-Tabak!!
Empfehle mein reichsortirtes Lager u.
officire: Sumatra à 1,25 M., 1,40 M.,
1,50 M., 1,75 M., 2,00 M., deckt mit
2 Pfd., (schneeweisser Brand) 2,50 M.
bis 5,00 M., sowie sämtliche in- und
ausländische Rohtabake zu den billigsten
Preisen.
Ferner empfehle Cigarrenwid-
formen nach neuestem System in
allen Facons, sowie fertig ausgestattete
Kistchen in allen Holzarten von den
billigsten bis zu den feinsten Aus-
stattungen aus der Fabrik von G.
Siebert, Hanau a. M. Probeformen
gratis und franko.
W. Lindenstädt,
NO., Landsbergerstraße 48.
N., Brunnenstraße 179.

!Roh-Tabak!
Sämtl. in- und ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Brand,
in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Kohlabak-
Brunnenstrasse 185.

Fraget jede Hausfrau,
welche Karol Weil's Seifenextract benutzt hat,
und sie wird Euch sagen: „Es giebt nichts Besseres;
viel leichter ist die Arbeit, viel billiger das Waschen
und viel länger hält die Wäsche. Aber kauft nur
echtes in grauen Packeten mit Schutzmarke Wasch-
fuss.“

Schweizer Garten.
Am Friedrichshain. Am Königsthor.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art.
Im neu
parquetirten Saale: } Täglich: **Gr. Ball.**
Von 5-7 1/2 Uhr: Freier Damentanz. Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Entree 30 Pf., Billets vorher 25 Pf.

Pantow, W. Buge's Vereinshaus
Station Pantow (Nordbahn), Schulstr. 28.
Jeden Sonntag: **BALL.** Garten und Regalbahn

C. Froelich's Sommer-Garten
Schönhauser Allee 16 I.
Kongerti und Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saale: Ball.

Oderbrücher Restaurant
Grüner Weg 120, Nähe Alexander-
Platz. Landsleute willkommen. Regal-
bahn. Billard. Schiessstand. 1671b
Richard Meimert.
Genoffin möchte ihre gutgehende
Destillation billig verkaufen.
Näheres ertheilt Montani, Caffee-
straße Nr. 52. 1694b

Empfehle meinen Freunden und Be-
kannten mein ff. Weissbier, Vair.
Bier aus der Brauerei Carlberg,
Charlottenburg. **W. Kirckke,**
1682b Reichenbergerstr. 188.

Empfehle meine Restauration. Aus-
schenk von Schuttheiß- und Culm-
bacher Bier. Vereinszimmer für
30 Personen zu vergeben. 1218*
Heinrich Sack, Marienstr. 102.

Mein Saal, 500 Personen fassend,
ist noch an Sonnabenden zu Festlich-
keiten, sowie jederzeit zu Versam-
lungen frei. 1436*
Robert Schneider, Proslauerstraße,
Ecke Frankfurter Allee.

Restaurant „Fürst Wolfgang“
Lichtenberg, a. d. Landsberger Chaussee.
Für Vereine und Versammlungen bestens
empfohlen. 1515b
S. Wsche.

Allen Genossen zur Nachricht, daß
ich die Restauration von Herrn Graber,
Hermannstr. 88, Niddorf, übernommen
habe, und halte ich mich den geehrten
Genossen bestens empfohlen. Nur Aus-
schenk von der Bierkommission. 1638b
F. Bergmann, früher Wismanstr. 20

Künstler-Octav-Harmonika
mit feinst. Neusilberstimmen
Specialität
96 Töne, passbrant, genaueste Ab-
stimmung in allen Dur- und Moll-Ton-
arten pr. Stück 4 u. 3. 30 J. portofrei
gegen Nachnahme. In. Qual. Garantie.
Wiederverkäufer entsprechend. Kahnt.
C. Weiss, Musikinstrumentfabrik
Gosheim, Württemberg. 2802*

Räder alle Sorten billigst [1688b]
Ballisadenstr. 101.
2 mahag. Bettstellen mit Matratzen
u. 1 Bäldeispind bill. zu verkaufen.
Dasselbst 1 leere Stube zu vermieten.
Weissenburgerstr. 33,
1676b **S. H. I.**

Garger Hohl- und Klingelroller
(prämirt 1893) verf. an Genossen erste
4er Zucht à Stück 5 M., Kappenhäbne
6 M., gewöhnliche Roller 3,50 M.; für
lebende Ankunft und Fühne übernehme
Garantie.
W. Schöndorf, Zigarrenarbeiter,
Pymont, Weinberg.

Rußb. Möbel (wenig gebraucht) verl.
billiger als im Laden, Vernauerstr. 13a,
Seitenfl. 4 Tr. 1688M

Restauration im besten Betriebe ist
wegen Zurückziehung vom Geschäft zu
verkaufen Langestr. 62, part. 1670b

Material, Obst- und Gemüse-
Geschäfte wegen Krankheit der Frau zu
verkaufen Charlottenburg, Osnaabrücker-
straße 1, Ecke Kaiserin Augusta-Allee.

Pavagai, grüne, blaustirnte Ama-
zone, Donnerstag Nachmittag entfallen.
Gegen gute Belohnung abzugeben bei
Schreiber, Wienerstr. 26, part. 1679b

Kleine freundl. Wohnung weggäh.
billig zu verm. Gödlicher Ufer 6, Quer-
gebäude 2 Tr. bei Weltin. 1698b

Grünauerstr. 25 freundliche kleine
Wohnungen preiswerth zu vermieten.

Kostgelderstr. 14 sind schöne Vorder-
und Hofwohnungen billig zu verm.
Näheres v. 2 Tr. bei Sprenger.

Schlafstelle für 2 Herren Schönhauser
Allee 177e, Durged, 2 Tr., nahe Thor,
bei Pauls. 1691b

Gut möbl. Schlafstelle, 2 Fenster, sep.
Eing., bei Hofrichter, Weierstr. 12 II.

Zwei möblierte Schlafstellen sofort
zu verm. Petrifstr. 14, hochpart. 1690b

Arbeitsmarkt.
Mädchen von 13-14 Jahren verl.
Adalbertstr. 40, v. 4 Tr. r. 1677b
Geübte Cigarrenlisten-Macher verl.
F. Wiener, Rosenthalerstr. 29.
Ein alter Männer-Gesangverein,
Mitgl. d. A.-S.-B., sucht für Mitt-
wochs einen tücht. Dirigenten.
1681b **N. G. Fabian,**
Reichenbergerstr. 171, 3 Tr.
Carton-Arbeiterinnen,
geübte, werden verlangt 1694b
N. Eisenstraße, Kurstr. 39.
Modellsticker verl. **O. Dietrich,**
Chausseestraße 68/69. 1695b

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Zur Neuordnung der Gemeindesteuern in Berlin.

Nachdem durch das Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893, die bisher vom Staat erhobene Gebäude- und Gewerbesteuer den Gemeinden überwiesen sind, verpflichtet das Kommunalabgabengesetz von gleichem Tage die Gemeinden zu einer Neuordnung der städtischen Steuern. Nach letzterem Gesetze können die Gemeinden fortan zur Deckung ihrer Ausgaben, Gebühren und Beiträge, indirekte und direkte Steuern erheben und sind berechtigt Naturaldienste zu fordern.

Von direkten Steuern kommen Realsteuern (vom Grundbesitz und vom Gewerbebetrieb) sowie Personalsteuern (Gemeinde-Einkommensteuer) in Betracht. Auf dieser Grundlage muß ein neues Steuersystem für Berlin geschaffen werden, eine Aufgabe, zu welcher die Vorarbeiten durch eine aus 10 Magistratsmitgliedern und 20 Stadtverordneten bestehende Kommission (oben) bereits im Herbst durch die definitive Erledigung im Herbst durch die Stadtverordneten-Versammlung auf Grund einer Magistratsvorlage stattfinden wird. Die Beratungen der Kommission, welche sich bisher nur zu Vorschlägen an die Gemeindebehörden verhielt, haben bereits eine sehr lebendige Agitation in Interessentkreisen hervorgerufen, indem die Berliner Hausbesitzer-Vereine auf der ganzen Linie mobil gemacht haben, um den „notleidenden“ Grundbesitz zu schützen.

Die Berliner Grundbesitzer offenbaren dabei in sehr charakteristischer Weise ihre Verwandtschaft mit dem Bunde der Landwirthe und glauben, daß, wenn sie nur ihre „Noth“ auf dem offenen Markte tüchtig ausprechen, der städtische Grundbesitz bei der bevorstehenden Kommunalsteuer-Reform ein „noli me tangere“ (Mißer nicht an) bilden wird. Daran ist nun glücklicher Weise nicht zu denken, denn es liegt offenkundig zu Tage, daß alle städtischen Einrichtungen, welche zum Zweck der Verbesserung der hygienischen und Verkehrsverhältnisse geschaffen werden, zwar der öffentlichen Wohlfahrt und somit der gesamten Einwohnerschaft dienen, daß sich jedoch der thatsächliche Effekt dieser Einrichtungen auch in einen finanziellen Gewinn für den Hausbesitz umsetzt. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sich der Werth des Grundbesitzes ohne Zuthun des Eigentümers vermehren wird durch die durch die Stadt geschaffenen Einrichtungen — Kanalisation, Straßenbureaus, Schaffung von Gartenanlagen, Straßenpflasterung und Beleuchtung u. s. w. — vervielfacht, eine Werthsteigerung des Grundbesitzes, welche für Berlin in den seit einigen Jahrzehnten enorm gestiegenen Miethspreisen einen sehr realen Ausdruck gefunden hat. Diese Thatsache wird auch von den Vertretern des Grundbesitzes unumwunden zugegeben, wie aus dem „Grundbesitzer“, Zeitschrift für Hausbesitzer“ zu ersehen ist. In dem eigenen Organ der Hausbesitzer wird festgestellt, daß der Durchschnittswert per Rute seit dem Jahre 1840 von 500 M. auf 2500 M. gestiegen ist, sich also vervielfacht hat. Hierbei ist zu beachten, daß die Berechnung der Werthsteigerung von 500 M. auf 2500 M., alle, also auch die an der Peripherie und vor den Thoren der Stadt belegenen Grundstücke, umfaßt. Der Werth einer Rute Land in den inneren Stadttheilen Berlins ebenfalls von dem „Grundbesitzer“ berechnet, schwankt zwischen 6000 M. und 28 000 M. Gegenüber der ununterbrochenen Entwicklung des Grundbesitzes, die noch durch das stetige Sinken des Zinsfußes für Hypotheken sehr bedeutend gefördert wurde, ist es um so ungerechtfertigter, daß der Hausbesitz sich gegen eine Maßnahme sträubt, die mit der bevorstehenden Steuerreform ver-

bunden werden muß, um ein Jahrzehnte langes Unrecht gegen die Steuerzahler Berlins gut zu machen.

Nach den Bestimmungen des auf Grund eines Gemeinde-Beschlusses erlassenen Ortsstatuts sollen die Kosten für die Kanalisation von den Besitzern der angeschlossenen Grundstücke aufgebracht werden.

Trotz dieser klaren Bestimmung ist es bisher nicht möglich gewesen, die Kosten der Kanalisation, deren pekuniäre Vortheile in der Steigerung der Miethen in kanalisiertem Grundstücke lediglich den Grundstücksbesitzern zu Gute kommen, in vollem Umfange von den Hausbesitzern zu erheben. Dank der samosen Bestimmung der Städte-Ordnung, wonach die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen, ist es nur zu erklärlich, daß die Interessen des Hausbesitzes in der Stadtverordneten-Versammlung die Ausführung des Ortsstatuts verhindert haben und daß den Hausbesitzern nur eine Kanalisationsabgabe zu 1 pCt. des Nutzungswertes auferlegt wurde. Obgleich die Hausbesitzer Berlins in ihrer überwiegenden Mehrzahl, soweit politische Aktionen in Frage kommen, die agrarische Begehrlichkeit bekämpfen und gegen die Branntwein- und Zuckerpriämien zu Felde ziehen, verhalten es unsere Hausbesitzer sehr gut, auf Kosten der Berliner Gemeindesteuerzahler im letzten Jahre die Kanalisations-Verbesse- rung von 3 100 000 M. — bei 25 000 angeschlossenen Häusern für jedes Haus das artige Sämmchen von 135 M. — einzubezahlen, indem sie ihre kommunale Machtstellung für die eigenen materiellen Interessen ausnützen. Gegen die Erhöhung der Kanalisationsabgabe, sowie gegen die projektierte Bauplatzsteuer richtet sich namentlich die zornige Agitation der Hausbesitzervereine, die es nun immer wieder betont werden — ganz vergessen, daß diese Abgaben nur einen kleinen Theil der zu Gunsten des Grundbesitzes gemachten städtischen Aufwendungen bilden.

Wenn auch bei allen städtischen Einrichtungen die Absicht besteht, dieselben allen Gemeinde-Angehörigen zu Gute kommen zu lassen, so haben doch die Hausbesitzer einen besonderen Vortheil aus diesen Einrichtungen, weil der Werth ihrer Grundstücke dadurch steigt und diese Steigerung sich in dem entsprechend erhöhten Ertrage des Grundstücks geltend macht.

Die Bauplatzsteuer, welche bedauerlicher Weise nur mit dem viel zu niedrigen Satze von 0,50 vom Hundert des Wertes der Bauplatze in Aussicht genommen ist, wird als eine unzureichende Befreiung des Grundbesitzes von dem städtischen Agrarierthum betrachtet.

Nichts fälscher als diese Auffassung. Die Bauplatzsteuer trifft diejenigen Eigenschaften, welche durch Festsetzung von Bauplatzlinien in ihrem Werthe erhöht worden sind. Durch Festsetzung von Bauplatzlinien mit den später hierzu gehörigen städtischen Aufwendungen — Straßenanlagen, Entwässerung u. s. w. — vermindern sich die für städtische Bedienung unverwendbaren Terrains in bebaubarem Straßenland und werden dadurch in ihrem Werthe sehr beträchtlich gesteigert. Man braucht nur an die Einverleibung der Vororte zu denken, wobei durch Abgrenzung von Straßen aus Kartoffelfelder Arealen gemacht wird, um die Nothwendigkeit und Berechtigung der Bauplatzsteuer zu begreifen. Das unbebaute Grundstück innerhalb des Reichthums der Stadt täglich in ihrem Werthe steigen, und daß diese Werthsteigerung ohne das geringste Zuthun des Besitzers erfolgt, weiß Jeder, der sich auch nur oberflächlich mit der Beobachtung der Grundstücksbewegung beschäftigt. Die Bauplatzsteuer hat aber nicht nur eine kommunal-finanzielle Bedeutung, sondern ist auch in nationalökonomischer Beziehung werthvoll. Indem eine entsprechende Steuer auf unbebaute Grundstücke gelegt wird, schränkt man die Spekulation auf die nach längerer Zeit beim Verkauf erfolgenden Riesengewinne ein, und verhindert

zugleich durch die fortlaufende Steuererhebung die Erstarrung des Besitzes. Die Bauplatz-Steuer bildet einen Stimulus für den Besitzwechsel, sie erhöht dadurch die Bauthätigkeit und fördert damit zugleich die Möglichkeit der Beschaffung billiger Wohnungen. So rechtfertigt sich die Bauplatz-Steuer nach allen Richtungen hin. Die Agitation des Grundbesitzes gegen dieselbe läßt sich nur aus dem Umstande erklären, daß eine Abwälzung dieser Steuer auf die Miether vorläufig nicht möglich ist.

Die vom Magistrat in Aussicht genommene, aber zurückgewiesene Besteuerung des Grundstücksverkehrs hat nicht die guten Wirkungen der Bauplatzsteuer, sondern würde den Besitzwechsel erheblich erschweren und damit lähmend auf die Bau-thätigkeit einwirken. Das Kommunalabgaben-Gesetz zwingt die Stadt dazu, die bisherige städtische Gewerbesteuer in eine Gemeindesteuer zu verwandeln. Die Gewerbesteuer ist prinzipiell zu verwerfen; als Steuerobjekte, gleichviel, um welches Gemeinwesen es sich handelt, sollten nur Besitz und Einkommen herangezogen werden können, und von diesen Gesichtspunkten aus ist es bedauerlich, daß die Gewerbesteuer in den Kreis der städtischen Einnahmen gezogen wird. Dasselbe gilt von der Betriebssteuer, welche in der durch das Gewerbesteuer-Gesetz normirten Höhe erhoben werden soll. An Stelle der bisherigen städtischen Gebäude- und städtischen Haussteuer wird künftig in Berlin eine Gemeinde-Grundsteuer eingeführt werden, von der zu wünschen wäre, daß sie in einer ihrer Ertragsfähigkeits entsprechenden Höhe erhoben würde. Der Miethsertrag in Berlin beläuft sich auf ca. 260 Mill. M. im Jahr. Die bisherige Gebäudesteuer ist nach 260 Millionen Mark berechnet und brachte zu 4 pCt. 9 800 000 M. Die Haussteuer zu 2 1/2 pCt. brachte 6 200 000 M.

Nach den vorliegenden Berechnungen soll die Gemeinde-Grundsteuer vom 1. April nächsten Jahres an 13 460 000 M. einbringen, rechnet man hierzu 3 100 000 M. für die erhöhte Kanalisationsabgabe, so wird der Hausbesitz in Berlin mit 16 560 000 M. gegen 15 1/2 Millionen Mark früher besteuert, eine Steuer, welche gegenüber den besonderen Vortheilen, die der Grundbesitz von den kommunalen Einrichtungen hat, als ungemein niedrig bezeichnet werden muß. Als letzte städtische Steuer kommt die Einkommensteuer zur Hebung, die als beweglicher Faktor zur Balanzierung des Etats zu dienen hat. Die Unfals, das Einkommen, namentlich die höheren Steuerstufen für die Gemeinde ertragreich zu machen, das Bestreben, die Gemeinde-Einkommensteuer möglichst niedrig zu halten, hat eine Anzahl Steuervorschläge gezeitigt, von denen die Reichshauptstadt hienichtlich verschont bleibt. Lustbarkeitssteuern, Steuern auf fremde Biere und dergleichen mehr schicken sich nicht für Berlin; man sollte sich wirklich scheuen, Rathswinkel und Schoppenstedt Konkurrenz zu machen.

Der voraussichtliche Fortfall der Miethsteuer ist das Beste an der Steuerreform. Es fehlt zwar auch nicht an Liebhabern dieses Steuermonstrums, aber der gerechte Haß gegen diese progressiv nach unten wirkende Steuer ist in der Bevölkerung so intensiv, daß man es nicht wagen darf, die Miethsteuer noch länger zu konserviren. Siebzig Jahre haben die Berliner an der Miethsteuer geschleppt, nun ist's genug.

Die von mancher Seite angestrebte Reform der Miethsteuer hat keine Aussicht auf Erfolg, dafür sorgt der soziale Zug unserer Zeit, dem die Miethsteuer zum Opfer fällt.

Die auf Grund des Kommunalabgaben-Gesetzes in Berlin einzuführende Neuordnung der Gemeindesteuern wird mit einem Tropfen sozialen Oels gesalbt sein. Freilich nur ganz schüchtern und verhalten hat man sich an den geheiligten Besitz herangewagt, und die Parole „Schutz den Schwachen“ ist nicht mehr

Sonntagsplauderei.

Seine Großmächtigkeit der Herr Nöfide hatte neulich die Gnade, sich allerhöchst zu verwundern, wie denn die Arbeiter glauben konnten, gegen ein Unternehmen wie das seine — man denke nur, die Schultzei-Bräuerei! — erfolgreich anlämpfen zu können. Das sei doch der helle Wahnsinn! Und in der That, der Boykott thäte ihm gar nichts, er setze jetzt noch ebenso viel Bier ab wie vor und ab. Und ist die bei Studenten und Antisemiten so beliebte Schultzei-Bräuerei, die auf die Einsendung eines jeden Knirpschen von Bier einen Preis von 25 Flaschen Bier setzt, schon eine ganz geraume Zeit nicht zu Gesicht gekommen; wir glauben aber, selbst, wenn jedem Judenreffer der gesamten Christenheit zu Pfingsten eine ganze, ausgewachsene Vogel-Lampe ausgegangen wäre, selbst dann müßten in den Kellern Nöfide's noch so viel Bier zu finden sein, das seinen Beruf verfehlt hat, daß darin bequem erkaufen könnten viel Menschen, Weib und Kind; und es brauchte dabei nicht einmal ein gar starker Wind zu gehen. Wir wüßten übrigens eine Verwendung für die Kleinmenge aufgeschämter faurer Bräue, eine Verwendung, die ganz dem Geiste unseres lieblichen Proletenhumors entspräche, und bei der sich höchstwahrscheinlich die Gesehungslosten voll und ganz herauswirthschaften ließen. Die Römerinnen der Kaiserzeit wuschfen sich mit Eismilch, es hat einmal eine Gräfin gegeben, die suchte ihre Schönheit mit Jungfrauenblut zu konserviren, hohe Herren, deren Gebeine so klapperig geworden ist, wie das Gestell einer Vogelscheuche, nehmen heute noch Weinbäder, Jodbäder giebt's und Solmischungen, gut für Damen; könnte man nicht einmal dazu gehen, auch sogenannte Malzbäder zu erfinden? All zu angreifend würden sich diese doch wohl nicht erweisen; geht doch im deutschen Volk die Sage, daß es Brauer giebt, die ihren Sud hopfen dadurch, daß sie ihn mit einer Hopfenstange umrühren. Wir stellen die Idee den Brauer- u. Mälzern mit größtem Vergnügen zur Verfügung und bemerken gleich im Vorhinein, daß wir auch auf den Erfinderehrtheil freundlichst verzichten. Wenn die Großwirth Tag für Tag im schönsten Biss das Lieb anstimmen: „Mein Herz ist beim Brauer“ — das Schuldbuch meistens auch — sollte da nicht ab und zu auch ein Sozialdemokrat so etwas wie ein menschliches Mähren empfinden? Nun freilich! Denn die Bierfabrikanten befinden sich in einer wirklich bedauerndwertigen Lage. Noch haben sie nicht den Ansturm, die Forderungen, Bitten und Wünsche derjenigen Wirth abgewiehet, die sie mit vollendetem Gesicht ins Schlaumassel geritten, und schon naht ihnen von der andern Seite eine Schaar dunkler Gestalten mit hohlen Händen

und heischenden Augen, Zeilenschinder sind's und Silbenzähler und in Freiheit dressirte Reporter. Und jeder von ihnen kann mehr noch als der „Kladderadatsch“, der sich im säthebringenden April rühmt, mit zwei Zeilen das ganze offiziöse Pressest in die Luft zu blasen. Jeder der Herren weiß etwas. Der braucht nur ein Wort zu sagen, und innerhalb vierundzwanzig Stunden ist der Bierboykott todt, rein manfotodt. Ein anderer bittet um die gnädige Erlaubniß, nur eine Zeile schreiben zu dürfen, dann würde sofort die sozialdemokratische Partei aufstehen und die bürgerliche Gesellschaft ihren Bedränger los sein für ewige Zeiten. Menschenkinder, jetzt frage ich Euch, was sollen nun die armen Waisenknaben von Brauern thun? Das ist ja eine ganz und gar verzwickte Geschichte, verzwickter fast als jene andere, die vor ungefähr zwanzig Jahren in einer kleinen Stadt passirt ist.

In einer mondcheinlosen Nacht ging ein junger Mann nach Hause. Auf dem Marktplatz gewahrte er mit Schrecken, daß er keine Zündhölzchen bei sich habe. Da er aber mit aller Gewalt rauchen wollte, so blieb ihm nichts anderes übrig, als an einem Laternypfahl emporzuklettern. Kaum aber hatte er einige Jüge aus seinem Glühmännchen gethan, da spürte er an jedem Fuß ein kräftiges Gleiten. Er wandte den Kopf und gewahrte zwei Polizisten, welche sich an seinen Beinen festgemauert hatten. Und der zur Rechten schrie: „Sie sind verhaftet! Sofort herab!“ Und der zur Linken donnerte: „Herab, sage ich! Ich verhoffe Sie!“ Der Mann gehorchte den Stimmen des Gescheß und ließ sich willig in die Mitte nehmen. Aber er hatte mit den Hütern der Stadt kaum ein paar Schritte gemacht, da schlug an sein rechtes Ohr eine Pfliesterstimme: „Wenn Sie einen Teller Königsberger Fied zahlen, lasse ich Sie laufen.“ Und der Mann hatte sich noch kaum von seinem Schrecken erholt, da wisperte es an seinem linken Ohr: „Wenn Sie mir auch einen Teller zahlen, lasse ich Sie auch laufen.“

Wir möchten den erfindungsarmen, hirndürren Presskuechten der Berliner Bier-Türken recht sehr rathe, bei unseren Agrariern, Feld-, Wald- und Wiesen-Junkern in die Schule zu gehen. Die wissen, wo die Speckseite hängt. Graf Ranitz verlangt das Getreidemonopol, Herr von Below-Saleske will die Steuern mit Produkten zahlen, einige Rittergutsbesitzer bei Hannau in Schlesien geben noch weiter, sie wenden sich an ihre Kreisstadt und wollen von ihr ihren Nothstand kurirt wissen, sie verlangen vom Magistrat, er solle anpassen, daß aus ihren Wäldern kein Holz gestohlen werde.

Läuft das Garn noch eine Zeit lang weiter in derselben Dide, dann dürfte es sich für das Bürgerthum doch ren-

tiven, die ganze nothleidende Sippschaft ins Versorgungs-Haus zu stecken. Aber die Herrschaften müßten sich ein bißchen beilen. Schon steht der Sozialismus vor der Thür und der ist, wie wir ihn kennen, gar nicht geneigt, Drogen, und heißen sie, wie sie wollen, auch nur die kleinste Extrawurst braten zu lassen.

Noch eine Woche, und Berlin wird öd und leer sein wie ein Bauerndorf an einem Tage während der Ernte. Alles, was von der Arbeit anderer lebt hat Reißaus genommen, um sich an der See, im Gebirge, in kühleren Breiten von den Anstrengungen der winterlichen Wälder, Feiertagsmärkte, Theateraufführungen und Klatschgesellschaften zu erholen und Kräfte zu sammeln zu weiteren kühnen Thaten und ruhm-vollen Werken. Der Einfluß der Sommerhitze hat sich so gar schon in Friedrichshagen bemerkbar gemacht, in Friedrichshagen im Kreise Niederbarnim, in welchem von Neujahr ab jeder Sozialist schon im Mutterleibe in Tausenden bekommen wird mit der Aufschrift „Moth“. Laut-Friedrichshagen will zu Ehren der Berliner Gäste einen Blumenforjo veranstalten. Aber nicht Gäule oder Kommerzienräthe sollen reuen, sondern Kindermädchen. Das schönste Kindermädchen — die bürgerlichen Blätter sprechen, feinsüßlich wie sie schon sind, von „Gespannen“ — erhält einen Preis.

Und wie am Müggelsee, so wird auch anderswo und schon in kurzer Zeit, eine gar köstliche Vorstellung gegeben werden. Herr von Austerlitz wird den verehrten Anwesenden klar machen, wie man am schnellsten die Schalen der Weichthiere öffnet, ein Freiherr und ein Graf reiten auf launfrommen Journalisten die hohe Schule, Marquis Biubani stellt sich auf den Kopf, zwei Kavaliere werden ein Kabinett offen halten, in welchem Liebesbriefe für Damen und auch andere Sachen angefertigt werden. Die Festrede spricht ein Rostor magnificus und zwar über das Thema: Der Unterschied zwischen einem Kanarienvogel und einem Papagei. Zum Schluß erscheint Komtesse Vimini in vollem Wätsch, in Koller und Kanonen, und es steigt das Lied unisono und maestoso: Hier sind wir versammelt zum löblichen Thun. Der eventuelle Ueberdruß wird zur Anschaffung eines Requisitekastens für die Marineklasse einer binnenländischen Kunstakademie verwendet.

O Poseidon, Beherrscher des Weltmeeres, und Du Zeus, aller Wolfenschieber und Lauffindommerer, seid gnädig dem Feste und helft, daß endlich einmal außer Kurs komme das alte Wort, das böse Wort, das häßliche Wort:

Dilettanten,
Schlechte Musikanten! — — —

als ein schönes Wort geblieben. Aber sich gang lösen von dieser sozialen Verpflichtung, dazu ist jezt die Berliner Bourgeoisie nicht mehr stark genug, und diese Thatsache ist das befriedigendste Moment in der ganzen Kommunalsteuer-Reform.

(Sozialpolit. Zentralbl.)

Paul Singer

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht.

Kammer VII. Vorsitzender: Assessor Korn. Sitzung vom 5. Juli.

Nur um nicht entlassen zu werden, erklärte der Kutscher S., habe er durch seine Unterschrift anerkannt, daß es seine Schuld sei, daß der Firma „Berliner Speditionsverein“ ein Koffer im Werte von 145 M. gestohlen wurde; und auch nur deshalb habe er unterschrieben, er wolle für den Schaden aufkommen. So erklärte er — als er von dem genannten Verein 90 M. Kaution herausbezahlt verlangte — auf den vom Vertreter der Beklagten erhobenen Einwand, daß er sich schriftlich zur Zahlung der 145 M. verpflichtet habe. Der Kutscher wurde mit Rücksicht auf sein schriftliches Auerkenntnis abgewiesen; auf eine Gegenklage des Speditionsvereins sprach ihm das Gericht auch das Recht ab, 1/2 übrigen 55 M. zu fordern.

Der Kutscher Sch., der bei der Speditionsfirma Krubheim in Stellung war, sollte am 8. Mai entlassen werden. Der Inspektor, dem die Entlassung oblag, wurde am Tage vorher tunc, daß er vergessen hatte, den Sch. bei seiner Annahme (die mehrere Monate vor der Entlassung geschehen war) den Ausschluß der Kündigung zu lassen. Flugs holte er das betreffende Schriftstück hervor und ließ es (am 7. Mai Abends 7 Uhr) unterschreiben. So anscheinend gegen Weiterungen gesichert, entließ der Inspektor am 8. Mai früh Sch., als dieser seine tägliche Arbeit beginnen wollte. Sch. klagte nun auf Zahlung einer Lohnentschädigung und auf Entschädigung für entgangenen Gewinn. Er war mit einem Wochenlohn von 16 Mark engagiert worden, beanspruchte aber für zwei Wochen 40 M.; nämlich wöchentlich 16 M. Lohn und 4 M. Trinkgelder-Entschädigung. Der geringe Lohn sei, bemerkte Kläger, ihm gegenüber demot gerechtigt worden, daß er ja Trinkgelder bekomme. Das Gericht war der Meinung, daß im vorliegenden Falle der vorgebliche Kündigungsausschluß zu verneinen sei und verurteilte die beklagte Firma zu der Entschädigung, da mehrere Einwendungen ihres Vertreters sich als nicht stichhaltig erwiesen.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Sitzung vom 6. Juli 1904.

Ein Lohnentschädigungs-Prozess, den sechs Steinträger gegen den Bau-Unternehmer Schwarz und den Bauherrn Berg angestrengt hatten, bedurfte zu seiner Entscheidung einer äußerst eingehenden Beweisüberprüfung darüber, ob die Kläger die Arbeit verweigert und deshalb berechtigter Weise entlassen seien oder nicht. Der schließlich trotz großer Schwierigkeiten aufgeklärte Sachverhalt war folgender. Die Träger verlangten eines Tages 25 Pfennig auf das Tausend getragene Steine zugelegt und geriethen, da man ihnen nicht gleich entgegenkam, mit den Arbeitgebern in Streit. Darauf wurden ihnen jedoch die 25 Pf. bewilligt, unter der Bedingung, daß zwei Mitglieder der Trägerkolonne, welche wohl etwas „schlagfertig“ waren, entlassen werden müßten. Die abwaltenden Umstände verzögerten etwa um eine halbe Stunde — es war gerade um die Mittagszeit — den Wiederantritt der Arbeit durch die Kläger. Mittlerweile hatte aber der Maurerpolier die Mauer fortgeschickt und nun hielten sich die zum Aufstieg bereiten Träger auch nicht verpflichtet, Steine zu tragen, umso weniger, als Material für die arbeitenden zwölf Maurerburschen ihrer Meinung nach genug „oben“ war. Thatsächlich reichten die am Vormittag getragenen Steine für die Burschen. Die Kläger hielten sich in der nächsten Nähe des Hauses bereit, sofort zu tragen, wenn die Maurer weiterarbeiten würden, was nicht geschah. Als die Kläger am andern Morgen weiter tragen wollten, wurden sie entlassen. Das Gericht gelangte auf Grund dieser Feststellung zu der Annahme, daß eine beharrliche Verweigerung der Arbeit nicht vorgelegen habe und die Entlassung deshalb zu Unrecht erfolgt sei. Der Umstand, daß die Kläger das Steintragen unterließen, als die Maurer weg waren, sollte gegen sie nicht ins Gewicht. Es sei am feindlichen Tage überflüssig gewesen, Steine zu tragen; dieselben wären nicht verbraucht worden infolge der Abwesenheit der Maurer. Und am andern Morgen seien ja die Kläger unbeschränkt zur rechten Zeit auf der Arbeitstätte erschienen. — Die Beklagten wurden solidarisch verurteilt gemäß dem Klage-Antrage.

Versammlungen.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises hörten am 5. Juli in gut besuchter Versammlung, die in den Arminhallen abgehalten wurde, einen interessanten Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Vogt über das Thema „Personen und Systeme“. In der Diskussion beantwortete der Referent mehrere Anfragen, die den Punkt „Religion ist Privatsache“ betrafen. Zum Schluß wurde zum strengen Festhalten am Bogen aufgeföhrt und auf die Matinee aufmerksam gemacht, die Sonntag, den 22. Juli im Festpalast zum Besten der ausgesperrten Brauer abgehalten wird und wofür als Festredner W e b e l gewonnen ist.

Die Freie Vereinigung der Graveure und Ziseleure hielt am 2. d. M. ihre Generalversammlung ab. Nachdem darauf aufmerksam gemacht worden war, daß beim Kollegen Krause Willets zur Kunstausstellung zu haben sind, verlas der Vorsitzende den Halbjahresbericht. Danach betrug die Zahl der Mitglieder im Dezember vor. J. 135. Im letzten halben Jahre traten dem Verein 31 Graveure und 17 Ziseleure bei. 83 Kollegen traten aus, 18 mußten wegen rückständiger Beiträge gestrichelt werden. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 150. Im verflorenen Halbjahre wurden 12 Versammlungen abgehalten; darunter 7 Vorträge, 2 Vorlesungen und 1 Diskussionsabend. Der Bericht der beiden Kassen lautet folgendermaßen: Hauptide: Einnahme 140,80 M., Ausgabe 184,29 M., Bestand 5,50 M. Unterstützungsfafte: Einnahme 588,22 M., Ausgabe 824 M., Bestand 62,22 M. Bergänglich angelegt sind 700 M. Die Monatsversammlung ergab die Summe von 88,80 M. An stelle des ersten Kassiers Tobias wurde Kollege A p t durch Klamation gewählt. Der Antrag Schwan, den Monat fünf Markten à 10 Pf. Mitgliedsbeitrag zu geben, wurde angenommen; dagegen der Antrag K a s p a r, die Beiträge auf 15 Pf. wöchentlich zu erhöhen, abgelehnt. Die Bibliothek ist durch die Werke „Deutsche Revolution“ von Bloss und „Sozialpolitisches Zentralblatt“ vergrößert worden. Ferner soll immer der letzte Jahrgang der „Neuen Zeit“ angeschafft werden. In Beziehung auf die Lokalfrage wurde beschlossen, die Vereinsversammlungen jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat in den Cranien-Hallen, Oranienstr. 11, abzuhalten. Ferner machte Kollege B r ü c k n e r die Versammlung darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 8. d. Mts., eine Partis mit Damen nach Klein-Nachow bei Wannsee unternommen wird. Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof 12 Uhr 50 Minuten, vom Potsdamer-Bahnhof 1 Uhr Mittags.

Im Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde am 2. d. M. lebhaft über die Abhaltung des Sommerfestes debattiert. Der Vorstand hatte mit Herrn Jacob in Treptow Kontrakt für den 16. Juli (Guter Montag) abgeschlossen und einige Redner wollten diesen wegen der Notiz des Beschlusses „Süd-Ost“ rückgängig gemacht wissen. Da Kollege Wittich jedoch schon Mitteilung machen konnte von der am Dienstag erzielten Entgegnung, wonach Herr Jacob sowohl seinen Saal zu Versammlungen bergiebt, wie auch wärtiges Bier schenkt, so beschloß die Versammlung, das Fest abzuhalten und für regen Besuch einzutreten. Hierauf hielt der Parteigenosse H a n s e n einen interessanten Vortrag über das Thema: „Moderne Kunst und Kunstgewerbe“. Der Redner zeigte die Entwicklung der Kunst, ihre Bedeutung für das Wohlleben der Völker und ihre Abhängigkeit vom Kapitalismus, die besonders auffällig bei der diesjährigen Kunstausstellung hervortritt. An dem befallig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion. Die nächste Versammlung findet erst am 23. Juli und zwar als Generalversammlung statt.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Berlin I, nahm mit lebhaftem Beifall einen Vortrag J a h n ' s über den Bierbockott entgegen, worin dieser besonders hervorhob, daß die Arbeiter aus dem Bockott vor allem die Lehre ziehen sollten, sich ihren Organisationsanfragen anzuschließen. Nach der Diskussion wurde die Abrechnung über das 2. Quartal 1904 gegeben. Sie wies 261,85 M. Einnahme, 319,85 M. Ausgabe und 849,69 M. Bestand auf. In den Ausschuss wurden die Kollegen W o l f und W e i ß e, in die Rechtschutz-Kommission die Kollegen P r i e m e l und G u r e gewählt, an stelle des bisherigen ersten Schriftführers der Kollege F e l l b a u m und als zweiter der Kollege H i r s e l o r n. Kollege Stein wies dann auf die Vorteile hin, die der Arbeitsnachweis besonders in der jetzigen Zeit bietet, und bat um rege Benützung dieses Instituts; ferner forderte er zu recht reger Agitation für den Verband auf und machte zum Schluß noch bekannt, daß die nächste Versammlung

Montag, den 6. August, wiederum in dem neuen Versammlungsort bei W i l k e, Andreasstr. 26, abgehalten wird.

Vor einer gut besuchten Versammlung der Lektoren, Filiale IV, die am 3. Juli abgehalten wurde, sprach der Parteigenosse M i l l a r g unter Beifall über das Thema „Kapital und Arbeit“. Das Resümee seiner Ausführungen über die unheilvolle Wirtschaft des Kapitalismus ging dahin, daß, wenn die Arbeiterchaft dem Unternehmertum auch nur geringe Verbesserungen ihrer Lage abringen will, es unumgänglich ist, daß sich jeder Arbeiter seiner Berufsorganisation anschließt. Die Versammlung beschloß hierauf, in der nächsten Zusammenkunft die Frage zu erörtern: „Welche Forderungen haben wir zu stellen, um unsere Lage zu verbessern?“ Der Vorstand ersucht, die Annoncen im „Vorwärts“ zu beachten. Er wird dort das neue Versammlungsort bekannt geben und bittet die Mitglieder, mit aller Kraft für die Vereinigung zu agitieren.

Im Verband aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurden kürzlich noch einige Kollegen zu dem am 12. August in der Konfordia, Andreasstraße, stattfindenden Stiftungsfeste gewählt, und dann, nach längerer Debatte, dem Vorstande anheimgestellt, die Versammlungen möglichst regelmäßig abzuhalten und jede mit einem gemächlichen Beisammensein zu verbinden, um die weiblichen Mitglieder mehr für den Versammlungsbesuch zu gewinnen. Beschlossen wurde, die Pumpstation der Kanalisation in Augenschein zu nehmen. Für die freitenden Ober-Lungwitzer Kollegen wurden aus der Filiale-Kasse 30 M. bewilligt. Weiter wurde beschlossen, den Ueberschuß des Geldes, das für die Rauener Kollegen gesammelt worden ist, den freitenden Kollegen in Osterode zuzufenden.

Der Lokalverband der Zimmerer Berlins und Umgegend hat in seiner Versammlung am 4. Juli nach einem Referat des Kameraden S t ö b e r, der den Bierbockott besprach und zum Festhalten daran aufforderte, einstimmig beschlossen, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen künftig im Lokale des Herrn C h r e n b e r g, Annenstr. 16, und zwar jeden Mittwoch nach dem Ersten des Monats, abzuhalten. Der Grund des Lokalbeschlusses liegt darin, daß der Wirt des bisher benutzten Lokals sich der bekannten Resolution der Saalhaber angeschlossen hat. Dann wurde mitgeteilt, daß der Danziger Zimmererstreik beendet sei und deshalb über die Sammellisten abgerechnet werden müsse. Die Sammlung, die für den Kameraden L i c h t zur Deckung der Kosten seines Prozesses gegen die Zimmerer-Ordnungs-Kommission vorgenommen worden war, hat 185,65 M. eingebracht. Da die Projektkosten 114,65 M. betragen, ist ein Ueberschuß von 71 M. verblieben. Dieser ist dem genannten Kameraden überwiesen worden. Weiter beschloß man, für ihn bis zur nächsten Generalversammlung die Beiträge zu bezahlen und ihn alsdann als Ehrenmitglied aufzunehmen.

Ueber das moderne Hausritterthum hielt am 4. Juli der Parteigenosse G o s s m a n n im Lokal von Trisetshau einen befallig aufgenommenen Vortrag im Frauen- und Mädchen-Bildungsverein, Filiale Charlottenburg. Am 19. Juli wird bei Krause eine Mitgliederversammlung abgehalten.

Der Verein der Berliner Droschkentreiber ehrte in seiner vierteljährlichen Mitgliederversammlung am 5. Juli die verstorbenen Mitglieder Ernst und Lange in der üblichen Weise und nahm dann den vierteljährlichen Bericht über die Thätigkeit des Vereinsbüreaus entgegen. Danach sind 134 Protokolle in Fahrgelegenheiten und Fahrscheineangelegenheiten, Strafsachen und Besuchen aufgenommen und 800 Briefe und Postkarten abgehandelt worden. An das Hauptbüreau des Vereins (Schäferstraße 53) wurden von den Kutschern 415 Gegenstände abgeliefert, die in den Droschken liegen geblieben waren. 242 davon sind reklamirt worden. Die Finder erhielten dafür insgesammt 691,20 M. Belohnung. Der vom Vereine unterhaltene Dienstanzeige wies 28 freie Stellen auf. Von diesen konnten 12 durch Vereinsmitglieder besetzt werden. Neu aufgenommen wurden 56 Mitglieder. Am 1. Juli d. J. zählte der Verein 1820 Mitglieder und hatte 4504,68 Mark Vermögen. Nachdem der Vorstand einstimmig entlassen worden war, trat die Versammlung in die Frage ein, ob das diesjährige Stiftungsfest, das im Schweizer-Garten abgehalten werden sollte, des Bierbockotts wegen aber aufgehoben worden war, durch eine andere Veranstaltung zu ersetzen sei. Man beschloß nach längerer Beratung, wenn bis zum 20. d. M. der Bierbockott aufgehoben wäre, ein Gartenfest zu veranstalten, anderenfalls in der Konfordia einen Sommernachtsball abzuhalten. Eine Deputation zu dem Stiftungsfeste der Bremer Kollegen zu entsenden, lehnte man ab. Der Vorsitzende, Herr Schütte, wird auf Einladung in Bremen die Festrede halten und es werden ihn Kollegen auf eigene Kosten begleiten. Diese werden dem dortigen Vereine eine Sympathieumgebung übermitteln.

In meinem Verlage erschien:
Die Bierprotzen.
32 Seiten illustriert. Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedienten, sowie direkt vom Verleger **Hans Saake**, Berlin S., City-Passage.
(Der Ueberschuß wird der Vorkontrollkommission für die ausgesperrten Brauerarbeitler überwiesen.)

Wirkungsvolle neue Männerchöre.
Pache, Joh., Op. 31. Sängermarsch No. 1
(Klar die Berge grün, die Auen).
do. Op. 81. Sängermarsch No. 2
(Vom Berg ertönt ein Rufen).
Richter, E., Op. 11. Erste Rose
(Der Bäume weisser Flockschaum).
Ringer, A., Op. 14. Hast Du ein Herz gefunden?
Jede Musikalienhandlung sowie die unterzeichnete Verlags-handlung kann diese Chöre zur Ansicht liefern. Dieselben werden bereits von vielen Vereinen gesungen und sind in vielen Auflagen verbreitet.
Emil Grude, Musikverlag.
Leipzig, Königstrasse.

Herren-Garderobe
aller Art
mit nebenstehender Kontroll-Marke
führt das
Konfektionshaus Solidarität
Oranien-Strasse Nr. 173 zwischen Oranien-Platz und Adalbert-Strasse.
Die Kontroll-Kommission deutscher Schneider und Schneiderinnen.
S i e B e r l i n .

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos, loses Zahnziehen, Teilzahlung, Goldstein, Oranienstr. 123

Kindervagen-Bazar
Max Brinner
Jerusalemstr. 42, part. und 1. Etage, und Brunnenstr. 6.
Großart. Auswahl Kindervagen, Puppenwagen, Kindersportwagen billigst. — Teilzahlung gestattet. Außerverkauf zurückgesetzter Muster.

Noch nie dagewesen!!
Keine Konkurrenz ist im Stande, Herren- und Knaben-Garderoben aus den reifsten, reinwollenen Stoffen zu solch' selbsthaften, billigen Preisen zu verkaufen; denn wir nur allein liefern:
Herb. 15000 engl. Jaquet- u. Rod-Anzüge (auch in schwarz) und Sammeten von 12, 14, 16, 18, 20, 24, 27, 30 M. prima. — 12000 Sommerpaletots jetzt zu halben Preisen von 8, 9, 10, 12, 15, 18, 20, 24, 25 M. prima. — 6000 Hosen in dauerhaften, reinwollenen Stoffen von 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 12 M. prima. Alpaca- u. Caracul-Jaquets von 1,50 M. an. — Knaben- und Pauschen-Anzüge i. Wasch- u. Wollstoffen, jetzt von 3 M. an.

Goldene 110,
110. Leipzigerstr. 110.

Bekanntmachung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich meine
Roh-Tabak-Filiale
in der **Brunnenstraße 182, Hof rechts part.**
bei größter Auswahl und billigsten Preisen. **Emil Borstorf.**

Zentral-Viehhof.
Der Verkauf gekochten Schweine- und Rindfleischs findet nach wie vor täglich statt. (Pfd. 30—40 Pf.) **W. Talke.**

Empfehle den Genossen mein **Vereins-Geschäft** von Bildern, Büsten (Marx und Lassalle), Zinnsprüchen (eigenes Fabrikat), Saaldekoration, Stochlaternen etc. en gros — en détail. **3198***
Max Richter, Berlin O., Grüner Weg 65.

Frucht-Bäfte
Bimber-, Birsch-, Johannisbeer-saft, vorzüglich, Literflasche 1,30 Mk. **Eugen Neumann & Co.,** 781 M.
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neume Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

B. Günzel, Lothringerstrasse 53, vis-à-vis der Werdebahn-Barthelasse
Spezialität: Vorkaufs der sozialistischen Führer Lassalle und Marx in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Brochen, Knäseln, Knöpfen, Stöcken, Büsten, Bildern u.dgl. en gros, en détail. (Man verlange den Preis-Kurant.) [*

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schubmarke.
Nur eigent. Fabrikation, 25 Zigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 711.*
H. F. Dinslage, Rottbühnerstr. 4, Hof part.

55/55 Jede Nähmaschine reparirt unbedingt gut und billig. Ersatzteile berechnen möglichst billig. Schiffschen 70 Pf., Spulen 5 Pf., B. Spulen 20 Pf. u. s. w. Auch habe Vertretung für gute neue Maschinen. Empfehle mich bestens allen Parteigenossen. **W. Maacke, Schwedterstr. 31.**
B. Astor, **Cresdowstr. 16,** empfiehlt sich zur Anfertigung aller schriftlichen Arbeiten, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Vertretung in Zivil- und Strafsachen. **Rath unentgeltlich. 417L***

Elegante Paletots. **Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsjachen, Bestellungen nach Maß,** Elegante Herren-Anzüge.
 empfiehlt wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen
J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstrasse 18, Ecke der Stettinerstrasse.
 Ich habe keine Filialen und sehe mit ähnl. lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten. 48940

Total-Ausverkauf!
Wegen Geschäftsauflösung
 Meine kolossalen Vorräthe, bestehend in Damenkleiderstoffen aller Art
aus eigener Fabrik
 werden zu enorm billigen Preisen ausverkauft. 224L*
 Außerdem empfehle mein reichsortirtes Lager in Seidenstoffen für Roben und Besätze, Sammete, Plüsch, Moires, Satins, Cattune und Unterrockstoffe, sowie Teppiche, Gardinen, Portiüren, Möbel- und Säuerstoffe, Tisch-, Schlaf- und Bettdecken, Wäsche, Corsets, Blousen, Unterröcke, Schürzen und Tücher. Gleichzeitig helfe die noch vorhandene Damenkonfektion, bestehend in Regenmänteln und Jaceis, für die Hälfte des Werthes zum Verkauf.
Mechanische Weberei F. M. Merkel,
Charlottenburg, Berlinerstr. 126.
 Streng feste Preise. Kourante Bedienung.

Reste Kleiderstoffe, Wollmousseline, Madapolan, Waschstoffe, Hemdentuche, Leinen, Bettzeuge, Gardinen, Barchende, Schürzenstoffe etc. zu ganz außergewöhnlich billigen, festen Preisen. 3072
H. Marcus, Reinickendorfer-Strasse 7a.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Glanz & Co.,
 Chausseestrasse 98,
 empfehlen ihr großes Lager in fertigen
Herren- u. Knaben-Garderoben,
 sowie 3432*
 tadellose Anfertigung nach Maß.
 Billigste Preise. — Neelle Bedienung zugesichert.
Glanz & Co.,
 98. Chausseestrasse 98.

Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst.,
 NeusJakobstr. 17, Brunnenstr. 182, Andraasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mt. v. Wd., Bettdeck. gef. 1,25 Mt. v. Stüd. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben

August Schulze Goldarbeiter 35
 35 Tr. Kommandantenstr. 1 Tr.
 Trauringe: massiv gold. Ringe, Ketten, Armbänder, Broche, Ohrringe, Granaten, Korallen. Bitte auf Haus- No. zu achten.

Billigster Detailverkauf für deutsche u. engl. eiserne Bettstellen u. Matrassen, Fabrik mit Dampftrieb.
E. Sass. Detailverkauf nur Höhe- nickerstr. 127, Hof pt. Sonntags geöffnet.
 führt. Preisvorant gratis und franko.

Zum Arbeiterfreund, 201 Oranienstraße 201, Siegfried Bornstein, Herren- und Knaben-Garderoben, bietet jeder Konkurrenz durch eigene Stoffen, beste Verarbeitung, held Neuheiten, die Siehe. Man überzeuge sich von der anerkannten Reellität. Jacket-Anzüge von 10 M. an, Rock-Anzüge von 15 M., Barschen- und Kinder-Anzüge von 2 M. Paletots, riesige Auswahl, von 8 M. an. Nur gute, reelle Waare, keine Uebervorteilung. Maßsachen in 24 Stunden, garantiert gut sitzend ohne Preisaufschlag.

Baer Sohn
 24a. Chausseestrasse 24a.
 II. Brückenstrasse II.
 16. Grosse Frankfurterstrasse 16.
Billigster Verkauf
 zu streng festen, in Zahlen gezeichneten Preisen.
 Tadellose Maß-Anfertigung unter Leitung eigener erster Meister.
HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.
 Begründet 1891. Berlin.

Nach beendeter Inventur
Gardinen-Reste zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, part. Eingang vom Flur.
Emil Tiersch, Uhrmacher, Brunnenstr. 18, (neben Greifenbogen) Grosses Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren und Ketten zu soliden Preisen. Reparaturen unter Garantie! 5450L*

Wir sind aus dem Verein der Brauereien von Berlin und Umgegend ausgetreten.
Pichelsdorf, den 30. Juni 1894.
Radeberger Exportbier-Brauerei
 Besitzerin der Brauerei Pichelsdorf. 1595b

Spezialität: **Ringe.**
Max Busse
 Uhren- u. Goldwaren-Lager
 Brunnenstr. 175.
 Uhren jeden Genrs, Invalidenstrasse neben der Invalidenstrasse
 händel, Galstetten, Broches, Ohrring, Arme
 nadeln, Schulpenknöpfe etc. in massiv Gold, Silber,
 Gr. Auswahl in Ringen. Massiv goldene Ketten,
 gestrichelt gefirnisset, nach Gewicht bei niedrigerer Preisberechnung.
 Rechte Brillanten, Türkisen, sowie Edelsteine aller Art
 Rheinkiesel u. Simill's. Tafelgeräthe, Bowlen, Bestecks.
 Brautkränze in Silber u. Alenide.
 Die selbstmännlichen Uhren sind stets am Lager. Der be-
 zugsfähige Umfang ermöglicht den Versand zu Fabrikpreisen.
Max Busse
 Uhrmacher und Juwelier.
 Brunnenstraße 175
 neben der Invalidenstrasse
 gegenüber dem Galt. Halle.

